

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Verdingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.20 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit Nachdruck Sonntag-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne  
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Verord-  
 nungen und Verordnungen 20 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.

Sonnabend, den 9. November 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 5121.

### Quittung.

Im Monat Oktober gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Alt-Barthau, socialdemokratischer Verein für A. und Umg. 30.—  
 Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 300.— (darunter Ueberfch.  
 v. „Wahren Jakob“ d. Schröder 4/9 3.—, Ungenannt d. Lege 1.—,  
 Sied 2.—, Vierprozentige Tischlerei v. Pook u. Schacht d. Körner 12.—),  
 3. Kreis 500.—, 4. Kreis Südost 1000.— (darunter Statistikklub  
 Pfünzig 5.—, F. G. 5.—, Vierprozentige der Tischlerei Pook und  
 Schacht, Lauffher Platz 14/15 12.—, Geburtstagsfeier von Fr.  
 Wölisch 6.—), 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt (für Sept. u. Okt.)  
 1500.— (darunter A. V. W. 2.—), 6. Kreis, Wedding u. Oranien-  
 burger Vorstadt 800.— (darunter Kranz-Ueberfch. bei dem Begräbnis  
 des Kollegen Winkler durch F. L. Union 14.—), 6. Kreis, Rosenthaler  
 Vorstadt u. Gesundbrunnen 800.—, 6. Kreis, Moabit 313.51.  
 Berlin diverse Beiträge: M. W. 2.—, Neugeld eines an-  
 gefahrenen Genossen, überwiesen durch J. 100.—, L. und  
 S. 10.—, Die beiden Gradus 2.—, M. W. 75.—, J. W. 25.—,  
 Cigarrenfabrik A. Schulze, Friedrichsfelderstr. 21, 5.—, Von den  
 Klavierarbeitern durch Molemann 2.—, Vortrag von S. durch R.  
 7.—, Die Kontobuch-Arbeiter vom Wedding 5.—, Arbeiter der  
 Neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei 20.—, Dr. L. A. 50.—,  
 G. A., Parteibetrag 1901/02 10.—, P. S. 50.—, A. V. 50.—,  
 Hempel 2.—, M. G. 2.—, Mitglieder des Vorbandes deutscher  
 Buchdrucker im „Vorwärts“ 100.—, J. M. 1.—, Gutenberg 200.—,  
 Mitglieder der U. Dr. 5.—, Gefördertes Buchfressen 2.50. Braun-  
 schweig, durch O. 150.—, Bahreuth, socialdemokrat. Verein 10.—,  
 Bern 60.—, Breslau, socialdem. Verein 60.—, Bant-Wilhelms-  
 haven, 3. Quart. 1901 durch R. 100.—, Benth (Oberhiesien),  
 Berg- und Hüttenarbeiter 25.—, Bw. P. 1.—, Bamberg, Soli-  
 tarius 5.—, Erfurt, Thüringer Arbeiter-Sängerbund 50.—, Erfurt,  
 Wahlkreis Erf.-Schleierhain-Giegenr. 50.—, Frankfurt a. M., durch  
 den Vertrauensmann 500.—, Frankenberg i. S., v. d. Arbeitern der  
 Tabakarbeiter-Genossenschaft, Filiale Nr. 100.—, Gallenberg (Ober-  
 schlesien) 2.—, Großenhain, G. 5.—, Gutsdors bei Striegau, von  
 Parteigen. 5.—, Götting, M. 111.—, Parteibeitr. 39.—, Sa. 150.—,  
 Hohenstein-Ernstthal, F. A. —50. Gastbei bei Bremen, von Parteige-  
 nossen 10.—, Hanau, Wahlkreis 100.—, Dahnert a. M., L. R.  
 3.—, Hamburg, im Monat Oktober im „Echo“ eingegangen 210.85.  
 Königsberg i. Pr., Parteibeitrag 100.—, Köln a. Rh., vom Ver-  
 trauensmann für Köln-Stadt 120.—, Löhning, von den Nicht-  
 proletariern am grünen Tisch v. 28. 9. 01 27.30. Jahr i. P., Alt-  
 vater 5.—, Albeck, Ueberfch. v. d. Anstos des Parteitag 266.23,  
 Parteibeitrag 200.—, Sa. 466.23, Richtenstein-Collenberg 6.—,  
 München, Gewerband Südbayern, 3. Quartal 79.50, München,  
 socialdemokrat. Verein 300.—, München, Waldläufer 5.—, Nürnberg,  
 Altdorf, socialdemokr. Verein 20.—, Oberlangenbielen, Arbeiter aus  
 dem Entlegend. 100.—, Oberstein, Parteibeitr. 3. Quart. 1901 durch  
 S. 4.00, Offenburg i. P., Wahlverein Vorwärts 20.—, Piragen  
 v. Schirwindt, A. P. 1.30, Ronsdorf, allgemeiner Arbeiterverein  
 25.—, Wolfshöhe bei R. 1.—, Genosse J. D. 2.—, G. R. 1.—,  
 Sa. 29.—, Schwäbischer Jungvolk 250.—, Schwarzenbach a. S.,  
 socialdemokratischer Verein 2. Rate 5.—, Stuttgart, G. II. 10.—,  
 Solingen, durch den Vertrauensmann 60.— (darunter vom  
 Volksverein i. Solingen 10.—, Parteigenossen aus Gräfenich 10.—),  
 „Vorwärts“, 3. Quartal 1901, 14 080.40, Wittenberg 100.—,  
 Weimar, vom Begräbnis am 19. 10. durch G. 5.—, Weiswasser  
 10.—, J. P. 3. 2000.—  
 Berlin, den 7. November 1901.

Für den Parteivorstand:  
 H. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

### Ein Militarist gegen den Militarismus.

Es wird uns geschrieben:

In Bayern lieben es einzelne pensionierte Stabsoffiziere, in ihren alten Tagen noch die Universität zu besuchen, den Doktorhut zu erwerben und dann die eben gewonnene Weisheit sofort in selbstverfassten Büchern wieder auszukramen. So erscheint jetzt der Pionieroberst Dr. von Renauld, der an der Münchener Universität Nationalökonomie absolvierte, mit einer Schrift „Die finanzielle Mobilmachung der deutschen Wehrkraft“ auf dem Plan. Trotdem das Werk im Grunde nur ein sehr fleißiges Sammelsurium von einschlägigen Veröffentlichungen anderer Nationalökonomien und Statistiker vorstellt, ist es dennoch ein gutes Hilfsmittel im politischen Kampf. Denn ohne es zu wollen, hat Renauld indirekt eine vernichtende Kritik des Militarismus geschrieben. Namentlich die Bekämpfer des Militarismus finden in dem Buch ein wertvolles Zahlenmaterial.

Zunächst berechnet Renauld, wie hoch die Kriegsstärken der Armeen des Drei- und Zweibundes in den Jahren 1920—1922 sein werden. Das Deutsche Reich wird im Jahre 1922 über 4 884 000 ausgebildete und über 5 361 000 zum größten Teil unausgebildete Mannschaften verfügen, also in Summa über 10 245 000 Mann! Dem gesamten Dreibund stehen zur Verfügung 8 204 000 ausgebildete, 9 330 000 zum größten Teil unausgebildete Mannschaften, im ganzen also rund 17 500 000 Köpfe. Die Gesamt-Wehrkraft des Zweibundes beläuft sich an ausgebildeten Soldaten auf 10 495 000, an zum größten Teil nicht ausgebildeten Mannschaften auf 9 680 000 Köpfen, in Summa rund 20 Millionen. Die Zahlen sind durchaus nicht zu hoch errechnet, ja sie sind wohl, da bis zum Jahre 1922, wenn bis dahin das System der stehenden Deere noch nicht abgeschafft ist, gewiß noch etliche Militärvorlagen zu verzeichnen sein werden, zu niedrig. Aber immerhin beleuchten sie die Tollheit des Militarismus vortrefflich.

Weiter giebt der Verfasser einen Ueberblick über die finanziellen Aufwendungen der großen europäischen Nationen für ihre Armeen im Frieden. Dabei kommt natürlich auch die abgeleierte Melodie, daß der Deutsche für militärische Zwecke viel weniger zu bezahlen habe als der Franzose, zum Vorschein. Es ist eigentlich unglücklich, daß Männer, die ernst genommen sein wollen, mit solchen Lachenspieler-Kunststücken aufzutreten nicht verachten. Zunächst wäre es doch überhaupt ein Skandal, wenn der Deutsche, trotdem sein Land 1871 über 5 Milliarden Franken von Frankreich erhielt und trotdem letzteres weitere 1 1/2 Milliarden aufwenden mußte, um die ihm vom Kriege geschlagenen Wunden notdürftig zu heilen, für seine Wehrmacht im Durchschnitt so viel zu bezahlen hätte als der Franzose. Betrachtet man übrigens die Sache genau, so findet man, daß der Franzose, ungeachtet der kolossalen Schröpfung von 1870/71, für seine Armee und Marine im Verhältnis nicht mehr opfern muß als der Deutsche. Nach Renaulds Angaben treffen im Deutschen Reich auf den Kopf 15,7 M. für Militärausgaben, in Frankreich 24,8 M. jährlich. Die Präsenzstärke der deutschen Armee beläuft sich gegenwärtig auf 638 842 Köpfe, jene Frankreichs auf 649 136 Köpfe, da unsre westlichen Nachbarn eine stärkere Flotte als wir besitzen. Nun ist aber wohl zu bedenken, daß Frankreich nur 38 Millionen Einwohner, das Deutsche Reich aber 56 Millionen hat, also um die Hälfte volkreicher als das erstere ist. Da jedoch die aktive Wehrmacht Frankreichs sogar noch etwas größer ist als die deutsche, so ist es selbstverständlich, daß in Frankreich die finanzielle Belastung für Wehrzwecke pro Kopf um die Hälfte höher sein muß als im Deutschen Reich. Stellt man die Bevölkerungsziffern der beiden Länder und die in ihnen zutreffenden Ausgaben pro Kopf für Kriegszwecke gegenüber, so leuchtet dies sofort ein. Für die Bevölkerungsziffern ergibt sich die Gleichung 56 : 38 = 1,44 : 1, für die Kopfbelastungen 15,7 : 24,8 = 1 : 1,57. An diesen beiden Gleichungen kann man sehen, daß all die Behauptungen von der relativ geringen Belastung des Deutschen unrichtig sind. Außerdem fällt beim Zahlen doch auch die finanzielle Lage desjenigen, der sein Geld hergeben muß, ins Gewicht. Daß Frankreich aber viel reicher ist als Deutschland, ist bekannt und außerdem beweist es uns Herr v. Renauld selbst, indem er an einer anderen Stelle seines Werkes eine statistische Tabelle über das mobile Kapital der größeren Nationen Europas um die Mitte des vorigen Jahrzehnts wiedergiebt. Danach betrug damals im Deutschen Reich das mobile Kapital 92 Mill., in Frankreich 82 Millionen. Somit treffen in Deutschland auf den Kopf 1640 M., in Frankreich hingegen 2100 M. Und schließlich kann man unmöglich die Beschwerden gegen den Militarismus in Deutschland dadurch zurückweisen, daß man feststellt, in einem anderen Staate sei ebenfalls und vielleicht noch stärkerer Anlaß zur Beschwerde. Vernünftigerweise wird hierdurch nur bewiesen, daß der Militarismus ein internationales Uebel ist und international bekämpft werden muß!

In einem weiteren Abschnitt seiner Schrift bemüht sich der Verfasser die Kosten eines zukünftigen Krieges zu berechnen, wobei er sich enge an die Kosten des letzten deutsch-französischen Krieges hält. Leider passieren ihm dabei zwei Irrtümer, von denen der eine dem Nationalökonomien und der andre dem Obersten nicht hätte passieren sollen. Zuerst vergißt Renauld die Preissteigerung, die seit 1870 auf den meisten Gebieten eingetreten ist, und zweitens denkt er nicht daran, daß der Seekrieg 1870/71 gar keine Rolle spielte, während in einem künftigen Kriege auch die Marinen ein Wort mitzusprechen werden. Und bei den horrenden Summen, die moderne Kriegsschiffe vorstellen, dürfte eine einzige Seeschlacht, auch wenn sie nicht übermäßig groß ist, allein einen Materialschaden von über 100 Millionen verursachen. Daher muß das Resultat, zu dem Renauld gelangt, nämlich daß der Zukunftsrieg pro Kopf der aufgebotenen Wehrmacht und pro Tag 6 M. kosten wird, als viel zu niedrig bezeichnet werden. Aber trotdem Renauld mit zu geringen Kosten rechnet, sind die Schluszzahlen, die er findet, genügend hoch, um den Wahnsinn der heutigen Kriegsrüstungen von neuem zu beweisen. Die deutsche Streitmacht verschlingt in mobilisiertem Zustande

|                 |                      |
|-----------------|----------------------|
| täglich         | 61,05 Millionen Mark |
| monatlich 1845— |                      |
| jährlich        | 22 Milliarden Mark.  |

Für den Drei- und Zweibund stellen sich die Dinge wie folgt:

|               |                |
|---------------|----------------|
| Dreibund      | Zweibund       |
| 105 Millionen | 120 Millionen  |
| täglich       |                |
| 3100          | 3600           |
| monatlich     |                |
| jährlich      |                |
| 87 Milliarden | 43 Milliarden. |

Um die für das Deutsche Reich nötigen Summen richtig zu charakterisieren, sei angeführt, daß Renauld das jährliche deutsche Volkseinkommen auf 18 Milliarden schätzt. Somit übersteigt der Tagesbedarf der mobilisierten deutschen Wehrmacht das durchschnittliche tägliche Gesamteinkommen des deutschen Volkes um 12 Millionen, der Monatsbedarf

das Monateinkommen um 348 Millionen, der Jahresbedarf um 4 Milliarden! Ließe man also den 46 Millionen Deutschen, die nicht ins Feld rücken, keinen Pfennig von ihrem Einkommen, würde man alles, was sie erwerben oder an Renten beziehen, der mobilen Armee überliefern, so würde dies für den Moloch — man sieht hier, wie dieser Ausdruck nur zu sehr gerechtfertigt ist — noch nicht genügen!

Hören wir nun, wie Renauld die Schätze, die für den Krieg notwendig sind, herbeschaffen will. Zunächst läßt er den 120 Millionen Mark in Gold betragenden Kriegsschatz in Spandau aufmarschieren. 120 Millionen Mark sind gewiß keine Kleinigkeit, aber für die Bedürfnisse einer Mobilmachung sind sie heutzutage eine Lumperei. Renauld will diese 120 Millionen der Reichsbank überweisen, die, da deutsche Notenbanken bis zum Dreifachen ihres Vorrates an Metallgeld Noten herstellen dürfen, daraus 360 Millionen Mark in Banknoten fabrizieren soll. Mit Hilfe dieser „Transaktion“, meint Renauld, könne die Reichsbank, die zu Beginn des Krieges überhaupt zur Reichskriegsbank werden soll, reichlich eine Milliarde mehr anbieten als im Frieden. Mit dieser einen Milliarde wäre nun zu bedenken: 1. der Bankbedarf, das heißt jener kolossale Geldbedarf, der dadurch entsteht, daß die Leute im ersten Kriegsschreden die Banken und Sparkassen förmlich stürmen, um ihre Depositionen und Einlagen zurückzuziehen, daß Außenstände rücksichtslos eingezogen, Kredite ebenso geflindigt werden. 2. Der volkswirtschaftliche Realbedarf, d. h. der vermehrte Geldbedarf aller Industrien und Handelszweige, deren Produkte und Dienstleistungen zu den Kriegsvorbereitungen gehören und die daher mit Hochdruck arbeiten müssen. 3. Der staatliche Realbedarf, d. h. jene Gelder, die der Staat zur Mobilisierung der Armee (Transportkosten, Pferde, Proviantankäufe u.) nötig hat.

Für diese drei Zwecke dürfte aber eine Milliarde kaum mehr sein als ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Ferner schlägt Renauld vor, die 412 Millionen Mark, die im Invalidenfonds ruhen und in inländischen Werten angelegt sind, im Auslande lombardieren zu lassen, also sie hier zu verpfänden und darauf zu pumpten. Da dieser Invalidenfonds offenbar als eine Art Kriegsschatz angesehen wird, ist es auch erklärlich, weshalb die armen Kriegsveteranen in solch skandalöser Weise abgefunden werden. Man will den Fonds wahrscheinlich nicht aufbrauchen, um ihn jederzeit als Kriegsschatz zur Hand zu haben. Somit scheinen sich diejenigen, die „das Reich mit ihrem Blute kitteten“, in der reizenden Situation zu befinden, daß sie im verflorenen Krieg ihre Gesundheit opfern mußten und für den künftigen auch noch zu hungern haben.

Weiter empfiehlt Renauld die Erhöhung der Steuern, wobei er eine Reihe von Beispielen bringt, wie andere Staaten in früheren Kriegen die Steuergrube angezogen hätten. Alle diese Beispiele sind aber hinfällig, denn in keinem dieser Feldzüge wurden 12—15 Proz. der Bevölkerung zu den Waffen gerufen. Es kamen höchstens 4 Proz. zur Einziehung. Daher ist es klar, daß in keinem dieser Kriege die Rot unter dem nicht kämpfenden Teil des Volkes auch nur annähernd so groß war, wie sie im Zukunftskrieg werden wird, wo Millionen von Familienvätern der Trommel werden folgen müssen und das wirtschaftliche Leben völlig daniederliegen muß. In einer solchen fürchterlichen Leidenszeit auch noch die Steuern erhöhen zu wollen, wäre ein etwas gewagtes Experiment und zwar umsomehr als das deutsche Reichsteuersystem auf der Belastung der unentbehrlichsten Lebensmittel beruht.

Wesentlich sympathischer und auch eher durchführbar erscheint uns der andre Vorschlag, den Renauld von dem Münchener Universitätsprofessor v. Mayr übernimmt, nämlich die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer als Reichs-Kriegsteuer für Einkommen über 3000 M. Wir stehen nicht an, diese Maßnahme wärmstens zu empfehlen, die- weil sie den Chauvinismus der besitzenden Kreise, ihre Sucht nach Kolonialabenteuern wesentlich dämpfen würde.

Eine fernere Goldquelle für das Danaidenfah des Zukunftskrieges sieht der Verfasser in den freiwilligen Beiträgen. Wer unsre Prozeppatrioten, die dem lieben Vaterland Geschützrohre und Panzerplatten teurer liefern als dem Ausland, kennt, wird sich hier eines Schmunzeln nicht erwehren können.

Als Hauptmittel aber, mit dem die für den Krieg nötigen Milliarden herbeigeschafft werden sollen, preist auch Renauld die Anleihe, den Pump. In Betracht kommt hier das In- und Ausland. Was das letztere betrifft, so empfiehlt Renauld, da auch die andern kriegführenden Staaten den Kredit ihrer Länder beanspruchen werden, sich schon im Frieden sicherzustellen und finanzielle Bündnisse mit Ländern, die voraussichtlich nicht in einen europäischen Krieg verwickelt werden können, abzuschließen. Renauld sagt es zwar nicht, aber es ist selbstverständlich, daß hier hauptsächlich die Vereinigten Staaten ins Gewicht fallen. Wenn somit die amerikanischen Milliardenprohen nicht wollen, kann eben das großmächtige Deutsche Reich keinen Krieg führen. Daher auch die Liebäugelei mit der großen überseeischen Republik, die dem deutschen Absolutismus eigentlich doch im Grunde des Herzens verhasst sein muß. Aber so rächt sich eben die Tollheit der

Millionenheere: Man spannt alle Kräfte an, um dem Ausland Trost bieten zu können und gerät dabei doch in die größte Abhängigkeit vom Ausland.

Mag das Werk des Herrn Obersten auch viele Schwächen haben, es giebt doch ein ungefähres Bild von den finanziellen Schwierigkeiten des Zukunftskrieges. Und vor allem bietet es, ohne es zu wollen, den Gegnern des Militarismus ein nicht zu verachtendes Rüstzeug.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. November.

### National-Pharisäer.

Zu einer „großen Protestbewegung“ gegen Chamberlain erregt sich der Studenten- und Kriegervereins-Patriotismus. Bereits haben Professor Adolf Wagner, der zu jeglicher Mode Bereit ist, und Generalleutnant v. Boguslawski, der in allen chauvinistischen Dingen vorantretende Militärchriftsteller, der Bewegung ihren Segen erteilt und in vielen Orten werden Versammlungen veranstaltet, in denen mit alldemselben Lungenkraft die Lüge des englischen Ministers zurückgewiesen wird, durch die Deutschlands Ehre schwer betroffen sein soll.

Chamberlain hatte zur Entschuldigung der völkerrechtswidrigen und unmenschlichen Kriegsführung Englands in Südafrika sich darauf berufen, daß es in anderen Kriegen auch nicht glimpflich hergegangen sei; neben den Kriegen anderer Staaten hatte er den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 erwähnt. Nun bedarf es kaum der Erörterung, ob dieser Entschuldigungsversuch des englischen Blutes- und Eisenministers irgendwelche Berechtigung hat. Es mag ohne weiteres als zweifellos gelten, daß dieser Versuch unberechtigt war, daß wirklich die jegliche englische Kriegsführung weit grausamer ist als die deutsche Kriegsführung 1870/71. Wird deshalb die „große Protestbewegung“ ernster als sie ist und weniger lächerlich als sie ist?

Die säkularisierten Protestierenden bieten ein Schauspiel, das nicht der Komik entbehrt. Sie entrüsten sich gegen Anschuldigungen des Krieges, während sie den Krieg selbst verherrlichen. Sie entrüsten sich über das besondere Maß von Grausamkeit, das England in der Unmenschlichkeit, die Boeren niederzuzwingen, anwendet, und sie schmähen, daß ihr eigenes Thun in Vergleich zu diesen Grausamkeiten gefehlt werde; aber sie selbst opfern dem Geist der Unmenschlichkeit und Brutalität, der der Ursprung ist aller Kriege.

Unendlich groß ist die Schmach Englands und tausendmal berechtigt ist zorniger Protest gegen die Mißthaten in Südafrika. Jedoch gerade die jetzt laut für die deutsche Ehre Lärmenden haben am wenigsten die Legitimation ihres kühnen Protestes. Hoff und innerlich unwahr ist dieser Protest, denn jene Leute haben bei uns in Deutschland selbst die Politik der kolonialen Eroberungen und imperialistischen Ausdehnung gepflegt, die das Gefühl der Humanität ersticht und die Verachtung von Recht und Menschlichkeit erregt.

Generalleutnant v. Boguslawski ruft zum Protest gegen Chamberlain in demselben Blatte auf, das die Verhältnisse eines Peters geschildert hat. Er entrüsten sich über den Völkervertrag und Kriegsverbrechen Englands, nachdem er vor wenigen Tagen den Völkervertrag und Kriegsverbrechen, den Deutschland in China beging, beschönigte!

Die eifrigen Schergen des Chamberlainismus im eignen Lande haben nicht das moralische Recht, gegen den Chamberlainismus des Auslandes zu protestieren. Nur reine Hand kann unreine Politik züchtigen und sie löst ihr Züchtigungswerk wegen der Chamberlain's aller Staaten.

### Keine dauernde Besetzung Mytilenes?

Frankreich ist lebhaft bemüht, den Argwohn zu zerstreuen, daß seine Besetzung der Insel und Jolländer der Insel Messos eine dauernde Occupation der Insel. Wie den übrigen Regierungen, hat sie auch der deutschen Regierung am Donnerstag durch den Botschafter Marquis v. Roques eine Circulärnote überreicht, über deren Inhalt folgendes mitgeteilt wird:

Das Rundschreiben besagt, daß Frankreich, obwohl es bestrickt sei, seinen Streit mit der Türkei zum Austrag zu bringen, keine Eroberungen im Egeischen Meege führe. Die gegenwärtige Aktion sei notwendig gemacht worden durch die Haltung der Pforte, welche die Langmut und Mäßigkeit des Pariser Cabinets als Schwäche auslegte und es beständig vermied, die Erfüllung der französischen Forderungen rückhaltlos zu versprechen. Frankreich sei positiv ge-

lungen, die türkische Regierung durch eine Flottenindubung davon zu überzeugen, daß die Anerkennung der französischen Ansprüche eine unvermeidliche Nothwendigkeit sei. Wenn das Pariser Cabinet diese Gelegenheit ergreife, von der Pforte gleichzeitig die Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber Frankreich insbesondere hinsichtlich der religiösen Einrichtungen im Orient zu beantragen, so könne dies nicht mit Recht als willkürliche Ausdeutung der Situation, sondern eher als ein Akt politischer Weisheit betrachtet werden, wodurch die Wiederholung peinlicher Auseinandersetzungen mit der Pforte späterhin vermieden werden dürfte. Schließlich wurden die deutlichen Versicherungen erteilt, daß Frankreich sich durch den Berliner Vertrag gebunden erachte, woraus gefolgert wird, daß eine dauernde Besetzung Mytilenes ausgeschlossen sei.

Eine noch bestimmtere Versicherung, daß Frankreich ernstlich beabsichtige, sobald als möglich Mytilene wieder zu räumen, soll nach dem offiziellen französischen Depeschembureau der Minister des Aeußeren, Delcassé, dem Sultan gegeben haben. Die „Havas“-Nachricht besagt:

„Die Pforte teilte mit, sie habe beschlossen, die verschiedenen Forderungen Frankreichs zu erfüllen. Der Minister des Aeußeren, Delcassé, erwiderte, sobald der französischen Regierung der Befehl des Sultans zugegangen sein werde, durch welchen der Beschluß der Pforte ratifiziert wird, werde das französische Geschwader Mytilene verlassen.“

Da nun nach einer weiteren Meldung die Pforte den französischen Forderungen in allen Punkten nachgegeben haben soll, nämlich in Sachen Voranos, Tabinis, in der Dnaiofrage, wegen der Sämpfe von Adabazar, ferner bezüglich der Anerkennung und des Aufbaus von Schulen, Spitälern und Wohlthätigkeitsanstalten, so dürfte ja nach den Versicherungen der französischen Regierung die Zurückziehung der Flottendivision baldigt bevorstehen.

Es fragt sich nur, ob Frankreich, das ja auch die Frage des Protectorats, die vordem nicht den Gegenstand eines Notenwechsels mit der Pforte gebildet hatte, un erwartet zu einem Konfliktpunkte gemacht hat, nicht noch neue Bescheidigungen erdenkt wird, um die Abberufung des Geschwaders zu verzögern. Versichert wird übrigens, daß wenigstens Millerand dem Unternehmen unwillig gegenüberstehe.

Die englische Mittelmeerflotte ist nach einer Meldung der „Daily Mail“ nimmere im Aegeischen Meer konzentriert.

Das Kriegsschiff „Formidable“ ist mit dem Prinzen Battenberg an Bord in Malta angekommen.

## Deutsches Reich.

### Das Elend der Kriegsinvaliden-Versorgung.

Die im „Vorwärts“ kürzlich erfolgte Veröffentlichung eines vom Ministerium für Elsaß-Lothringen ergangenen Bescheides, in dem einem erwerbsunfähig gewordenen Kriegsteilnehmer von 1870/71 auf sein Gehalt hin mitgeteilt wird, daß ihm zur Zeit eine Beihilfe aus staatlichen Mitteln nicht geleistet werden könne, weil die bezüglichen Fonds erschöpft und außerdem vor ihm noch eine Reihe anderer Bewerber vorgemerkt seien, hat einer Reihe von regierungsfremdlichen Blättern, darunter der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ und der „Straßburger Post“ z. B. Anlaß zu allerhand zweifelnden Bemerkungen über die Vergrößerung der von und aus den staatlichen Feststellungen des behördlichen Schreibens gezogenen Schlüsse gegeben und sie den Wunsch nach einer amtlichen Klarstellung des Falles ausgesprochen lassen. Die letztere ist jetzt in der regierungsamtlich bedienten „Straßburger Korrespondenz“ erfolgt, aber keineswegs im Sinne der genannten Ordnungsbücher ausgesprochen. Der amtliche Moniteur konstatiert zunächst, daß es sich im vorliegenden Falle um einen Teilnehmer am Feldzuge von 1870/71 handle, der zwar nicht im Kriege selbst invalide geworden sei, sich aber zur Zeit wegen dauernder Erwerbsunfähigkeit in unterstützungsbedürftiger Lage befinde. Für Invaliden dieser Art seien vom Reich an Elsaß-Lothringen jährlich 81 000 M. überwiesen, das sind die Mittel zur Unterstützung von 680 Invaliden mit je 120 M. pro Jahr. Da in Elsaß-Lothringen auch solche Kriegsteilnehmer zum Bezug dieser Beihilfe berechtigt seien, die auf französischer Seite gefochten haben, und über diese keine zuverlässigen Stammlisten beständen, so seien die den Berechnungen für die jährlichen Zugänge zu Grunde gelegten Ziffern sehr ungenau. Daher komme es, daß zur Zeit über die etatsmäßigen Mittel hinaus allein in Elsaß-Lothringen nicht weniger als 24 Personen vorgemerkt seien, die den gesetzlich vorgeschriebenen Voraus-

setzungen für den Bezug der Beihilfe entsprechen, gegenwärtig aber noch nicht in den Genuß derselben gelangen könnten. Erst wenn eine Reihe weiterer Zugänge von Bezugsberechtigten erfolgt sei, könnten auch diese Leute in den Genuß der staatlichen Beihilfe gelangen.

Man wird zugeben müssen, daß nach dieser amtlichen Klarstellung des hier in Frage stehender Einzelfalles für uns nicht der mindeste Anlaß vorliegt, von unseren Bemerkungen über das Elend der deutschen Kriegsinvaliden-Versorgung auch nur das mindeste zurückzunehmen. Es ist eines Kulturvolkes, das Millionen und Milliarden für Humenzüge und uralte Flottenpläne übrig hat, gewiß unwürdig, wenn die einzige Hoffnung seiner erwerbsunfähig gewordenen ehemaligen Krieger in dem möglichst raschen und zahlreichen „Abgang“ ihrer Leidensgenossen besteht, damit sie endlich selbst in den Genuß der künftigen Unterstützung gelangen können.

**Freiges Nachfolger.** Noch hat der unerfährliche erste Vicepräsident des Reichstages keine bestimmte Erklärung gegeben, daß er durch seinen Rücktritt das Parlamentsleben der durch ihn reichlich gespendeten Komit herabden wolle. Aber die konservative Presse scheint diesen Rücktritt für sicher zu halten, denn die „Schlef. Ztg.“ kündigt bereits den Nachfolger an. Das werde wahrscheinlich der Abgeordnete Graf Udo v. Stolberg sein.

**Die Reichstags-Gesamtwahl in Böhmen.** Die Gesamtwahl in Böhmen, deren Vertreter Dr. v. Siemens war, ist auf den 20. Dezember angesetzt worden.

**Die polnische Reichstags-Fraktion** gedenkt sofort nach Beginn der Parlamentssession eine Interpellation einzubringen wegen des systematischen Ausschließens der Öffentlichkeit in politischen Prozessen, so beim Landgericht Gnesen, zuletzt beim Prozeß des Geistlichen Stordt wegen Schenken eines Muttergottesbildes an einen Reservisten usw.

Ueberhaupt scheinen die polnischen Abgeordneten sich kräftiger zur Wehr gegen die Verfolgungen ihrer Rationalität setzen zu wollen. Reichstags-Abgeordneter v. Dziembowski hat, wie gemeldet wird, einem Interview des „Petersonburger Kraj“ gegenüber folgende geäußert: Die polnische Opposition, zu der die Fraktion durch die Polenbege drängt wurde, muß energisch und standhaft durchgeführt werden. Von der bloßen Abwehr sollte zur Angriffspolitik übergegangen werden. Bei der Budgetdebatte müsse die polnische Frage auf breiterer Grundlage erörtert und durch Verständigung mit befreundeten Parteien, mindestens ein Tag der Polenbege gewidmet werden. Die Anträge und Interpellationen in polnischen Angelegenheiten sollen häufiger werden. Mit anderen Parteien, welche die polenfeindliche Politik der Regierung gleichfalls mißbilligen, soll Verbindung gesucht und den Rednern der verschiedenen Fraktionen reichliches Material zur Verfügung gestellt werden. Ueber den polnisch-provinziellen und nationalen Gesichtspunkt müsse die Fraktion hinauskommen. Es gelte, ganz Deutschland, ja der ganzen Welt zu zeigen, daß das allgemeine Gerechtigkeitsgefühl dringend erheische, daß mit dem System der Polenverfolgungen gebrochen werde. Den Forderungen des tief erbitterten polnischen Volkes müßten seine Abgeordneten Rechnung tragen.

**Zur Bekämpfung der Typhusepidemie in Gelsenkirchen.** Aus Gelsenkirchen wird gemeldet: In einer auf dem hiesigen Landratsamt stattgehabten Konferenz, an welcher u. a. die Regierungspräsidenten von Arnberg und Düsseldorf, ein Vertreter des Regierungspräsidenten von Münster, ferner die Landräte von Gelsenkirchen, Bochum, Essen und Recklinghausen, die Bürgermeister von Gelsenkirchen und Bochum sowie Vertreter der Medizinalbehörde, der Verwaltungsbehörde und der Anknüpfung teilnahmen, wurde das Statut für die im hiesigen Bezirk zu errichtende Senchenwache verabschiedet. Nach der „Gelsenkirchener Zeitung“ soll sich das Institut über die ganze Bochumer Anknüpfung erstrecken. Die definitive Entscheidung des Statuts ist einer späteren Versammlung der Beitragleistenden vorbehalten. Für das erste Jahr sind 30 000 M. veranschlagt, jedoch glaubt man, daß in den folgenden Jahren die Kosten höher sein werden.

**Aus Sachsen** wird uns geschrieben: Die sächsische Regierung hat nach dem Beispiel anderer Bundesstaaten amtliche Erhebungen über die industrielle Lage Sachsens und die Arbeitslosigkeit angeordnet. Vielleicht beabsichtigt die sächsische Regierung, das Ergebnis dieser Erhebungen in dem Strauß zu verwenden, den sie demnächst in der zweiten Kammer gegen die Konservativen wird ausfechten müssen. Denn die Regierung wird reichliche Maße haben, sich gegen die bald nach Eröffnung des Landtags zu erwartende konservativ-agrarische Interpellation zum Postarat zu wehren. In einer offiziellen Erklärung, die dieser Tage durch die sächsische Presse ging, wurde die Politik der Regierung als eine solche bezeichnet, die den Abschluß von Handelsverträgen anstrebt, bei denen Industrie und Landwirtschaft gleichmäßigem Schatz

## Bassalles Briefe an Marx.

Teurer Freund!

Ich muß endlich dazu übergehen, Dir ausführlichen Bericht zu erstatten.

Du weißt, daß wir während Deiner Anwesenheit beide von der Unterstellung ausgingen — denn nie vermag man ja die ganze Verdrießlichkeit der preussischen Regierung im voraus zu berechnen —, durch die Amnestie sollte der durch die forcierte zehnjährige Abwesenheit entstandene Verlust des Indigenats ausgeglichen sein. Wir rechneten hierauf so fest, daß wir gerade es für möglich fanden, in den Briefen an Jedlig dies als zweifelhaft hinzustellen, um über den speziellen Zustand in unserm Falle hinwegzukommen. In jener Unterstellung nun hatte ich und konnte ich die gute Hoffnung haben, daß es mir gelingen würde, über den besonderen Hals in Deinem Falle hinwegzukommen.

Aber kurz nach Deiner Abreise traten zwei Ereignisse ein, welche die Grundlage meines Kalküls vollständig untergruben. Zuerst der Bescheid an Stein, welcher negativ und ganz entgegengekehrt dem war, welchen ihm Verleufel im Entwurf vorgelesen. Hier wurde das Prinzip aufgestellt, daß auch alle bloß zehn Jahre abwesenden Ausländer als Ausländer zu betrachten seien. Dies war ein Todesstoß für meine Hoffnungen. Ging die Regierung so weit in der Interpretation der Amnestie, so war meiner Hoffnung der Hals gebrochen, meinen Berechnungen die Unterlage entzogen. Dazu kam, daß, wie sich sehr bald in der Folge zeigte, P. nur noch, der Schatten der Maria war, und selbst aufs äußerste bedroht, allen Einfluß zeitweilig verloren hatte.

So erhielt ich denn auch Ende April von Jedlig auf Dein Naturalisationsgesuch den Bescheid, es könne demselben nicht stattgegeben werden, weil es an den Vorbedingungen des Gesetzes vom 31. Dezember 1842 mangle. Ich stimmte zu Jedlig, während er als ich mich in Jahren gewesen zu sein erinnere! Diese Scene für die Götter werde ich Dir einmal gründlich schildern. Es kam so weit, daß Jedlig auf die in das Bureau führende Thür zusprang, sie mehr einzuheben als öffnete, und den Geheimen Rat Lüdemann zu Hilfe rief. Lüdemann wurde es übrigens auch sehr bald unheimlich, und er entwich bei der ersten Möglichkeit, die er hatte. Die Scene mit Jedlig dauerte eine Stunde. Sie ging vom Fortissimo bis wieder in etwas moderatere Töne über und schloß endlich ohne Resultat. — Ich hatte Jedlig vorgehalten, daß alle Bedingungen des Gesetzes vom 31. Dezember 42 in Deinem Falle vollständig erfüllt seien, und daß also er mit jenem Gesetze höchstens auf die Kr. 2 des § 7: „bescholtenen Lebenswandel“ anspielen könne. Jedlig hatte mir sofort eingestanden, daß dies auch sein wahrer und alleiniger Grund sei, daß er diese Bescholtenheit in Deinen Bestimmungen erblicke, welche republikani-

sch, mindestens nicht royalistischer Natur seien; daß er fest entschlossen sei, nicht einen Einzigen zu naturalisieren, der noch diese Bestimmungen habe, und daß er daher auch in Deinem Falle keine Ausnahme machen könne. — Ich erzählte daher sofort Stein z. B. Jedlig habe Dir wegen „politischer Bescholtenheit“ die Naturalisation verweigert. — Zwei Tage darauf reiste ich nach Breslau, wo ich drei Wochen blieb. — Als ich am 20. Mai wieder zurückkam, fand ich folgende zwei Koba) vor: 1. hatte Stein die Nachricht über Dich mit der politischen Bescholtenheit in verschiedenen Blättern, aus denen sie wieder in andre überging, verbreitet, so daß es ausfiel, als habe Jedlig in dem Briefe selbst die politische Bescholtenheit als Hindernis angeführt; 2. hatte Hirsmengel infolge des abschlägigen Bescheides an Stein für eine Kammerinterpellation agitiert; der Abg. Senft hatte sich zu dieser entschlossen, und hatte infolge jener Zeitungsnachricht der Interpellation nun auch das zweite Minus gegeben: ob die Staatsregierung, falls sie annehme, das Indigenat sei durch zehnjährige Abwesenheit verloren, den Amnestierten für den Fall der von ihnen verlangten Naturalisation, Bescholtenheit im Sinne des Gesetzes vom 31. Dezember 42 entgegenzusetzen beabsichtige.

Diese Interpellation sollte einige Tage nach meiner Rückkunft statt haben. Die Nachricht davon berührte mich mit sehr gemäßigten Gefühlen, viel mehr unangenehm als angenehm. Wurde die Interpellation in einer größeren Weise gemacht, so war klar, daß sie eine sehr gute Wirkung haben konnte. Wurde aber nicht gelangt, was zu sagen Pflicht war, wurde die Sache in der gewöhnlichen laubdrigen Kammerweise behandelt, wie leicht vorauszusetzen, so war mir nur dadurch geschadet, denn so schwer mein Glaube auch war, so hatte ich doch noch große Mittel in der Hand. Ich konnte in der juristisch-zweifelhaften Weise nachweisen, daß durch die Amnestie das Indigenat eo ipso wiedergegeben sei und daß, selbst wenn dies nicht der Fall, jeder, der wie Du, zum Zweck der Naturalisation infolge der Amnestie hergekommen sei, ein erworbenes Recht auf Naturalisation habe; daß politische Bescholtenheit gar nicht existiere; daß, existiere sie, sie grobe amnestiert sei, und endlich, daß der bescholtene Lebenswandel des Gesetzes vom 31. Dezember 42 sich nur auf den Feindwandel beziehe, und nichts mit politischer Bescholtenheit zu thun habe, die jedenfalls damals noch gar nicht existierte, sondern erst 1847 erkundet worden ist. Ich hatte beschlossen, ein non plus ultra von flammender Energie und juristischer Schärfe als Beschwerde an den Minister des Inneren zu richten, die ganze Lage und den elenden Verrat so einnehmend und vernichtend nachzuweisen, daß Schwertin doch vielleicht noch Angst vor der Veröffentlichung gehabt hätte. Die Beziehungen, in die ich durch mein Rechtswort getreten war und die Briefe, die ich infolge des-

selben erhalten hatte, ließen es mir als eine Möglichkeit erscheinen, vielleicht den Obertribunalspräsidenten Bornemann, und Professor Gucis, und mit diesen Unterchriften dann eine Menge anderer Richter und Professoren juris zu bestimmen, ein juristisches Gutachten zu unterschreiben, welches ich meiner Eingabe an Schwertin beifügen wollte, und ihm so noch mehr Schred und Respekt vor den Folgen einer Publication einzujagen z. z. z.

Ich sage durchaus nicht, daß dies sicher geholfen hätte, daß ich das letztere — die Gutachten — zu stande gebracht hätte. Aber es wäre doch möglich gewesen und ich hätte mich 77 mal auf den Kopf gestößt und alles in Bewegung gesetzt, und dann wäre die Sache doch eilig für Schwertin gewesen.

Aber einmal in der Kammer in maßvoller und elender Weise zur Sprache gebracht, war es klar, daß die Sache dadurch nur vordere sei, und daß, wenn einmal die Minister in den Kammern eine Erklärung uns entgegenstehenden Inhalts abzugeben den Mut gefunden hätten, nichts in der Welt sei mehr von derselben herunterzuziehen. So that ich denn noch was ich konnte, ließ zu Baden, dem Geheimen Oberjustizrat Friedberg und fand mich am Tage der Interpellation mit meinem Consu Julius in der Kammer ein. Das ich vorausgesehen hatte, geschah. Die Interpellation war das elendeste und widrigste Schauspiel, das ich jemals erlebt. Die — Dir bekannte — Erklärung des Justizministers Vermuth, die es den Verwaltungsbeamten überläßt, Bescholtenheit in individuellen Fällen zu finden, wo sie wollen, wurde von der Kammer lebhaft beklagt — ich mußte mich mit Gewalt zurückhalten, nicht einen demnachbaren Zintenspider den Kecken an den Kopf zu werfen, und so, um der Verachtung besser zu widerstehen, eilte aus dem unansehnlichen Ort, meinen Staub von den Schuhen schüttelnd.

Durch diese — — — Interpellation war die Sache gründlich verfahren, und auf dem Wege der Miquel nichts mehr zu machen. Bied nun nur noch der Weg der Güte übrig.

Ich hatte hierauf noch zwei Unterredungen mit Jedlig, Jedlig aber blieb dabei, er, mit seinem Willen, werde keinen naturalisieren, der keine royalistischen Bestimmungen habe. Sonst würde er wegen eines einzelnen Falles nicht so intradabel sein und nachgeben. Aber dann sei ein Präcedenz da, auf das sich alle berufen könnten.

Das einzige Kompromiß, zu dem ich es mit ihm brachte, war, daß er mich autorisierte, dem Minister zu sagen:

sein einziger und alleiniger Grund, Dir die Naturalisation zu verweigern, sei der, daß Du republikanische, mindestens keine royalistischen Bestimmungen habest, und daß er auf Wort und Loyalität sich verpflichtete, wenn er vom Minister infolge einer Beschwerde zum Bericht aufgefordert

\*) Reingeliefert.

\*\*) Keislerisches Hof.

\*) Ein vom Herausgeber fortgelassenes Kraftwort.

finden". Diefem nichtsagenden Gerede wurde dann für die Agrarier noch die Drohung hinzugefügt: „Sollte man vergessen, daß Sachsen mit seiner Industrie reist und fällt, so ist dies sehr wertvoll für möglicherweise sich anbahnende parteipolitische Umwälzungen.“

Mit Verlaub, das ist ja schlaue Voraussage, die Landtagsagrarier konnten die Stellung der Regierung zu den einzelnen Tarifpositionen genau, wären damit nicht zufrieden und wollten nun zur Wählung angehalten werden, dann ist die Drohung mit „partei-politischen Umwälzungen“ geradezu lächerlich. Wir legen hinsichtlich dieser Drohung voraus, daß sie den Nationalliberalen Mut machen soll zu einer Gegendemonstration gegen die Agrarier, so daß die Regierung wenigstens Hilfe von einer Seite bekomme, so ist doch an eine „partei-politische Umwälzung“ selbst im äußersten Falle nicht zu denken. Warum — darüber brauchen wir nicht viel zu sagen. Die Regierung hat nicht die Führung in den bestehenden Klassen, vielmehr die Konservativen. Diese haben darum auch die Nationalliberalen an die Wand gedrückt. Die nationalliberalen Wollhaken sind der konservativen Hebermacht gegenüber selbst dann machtlos, wenn sie mit Hilfe einer regierungseitigen Unterstützung eine große liberale Industriepartei aufstehen würden. Ihre Unfähigkeit und Charakterlosigkeit ließe solchen Plan schon in der Entstehung scheitern.

Wie denken sich aber die schlauen Offiziere sonst eine „partei-politische Umwälzung“? An die zweifellos fortschreitende Kräftigung der Sozialdemokratie haben sie dabei sicher nicht gedacht. Wenn nicht, wer soll dann die „partei-politische Umwälzung“ besorgen? —

**Süddeutsche Eisenbahntarifreform.** Der württembergische „Staatsanzeiger“ schreibt: „Zur Herbeiführung einer Verständigung der süddeutschen Bahnverwaltungen über ein gemeinsames Vorgehen in der Frage der Reform der Personentarife sollen noch vor Ablauf dieses Jahres mündliche Verhandlungen stattfinden. Eine Reform der Gütertariife ist von keiner Seite beabsichtigt.“

**Der „Gazelle“-Prozess.**  
Kiel, 8. November. Das Urteil im „Gazelle“-Prozess wurde gestern abend gegen 9 Uhr gefällt. Obermatrose Weisk wurde von der Anklage des Uebels-Word-Werfens von Geschäftsteilen freigesprochen, dagegen wegen Achtungs-verletzung, Gehorsamsabweigerung und Beleidigung eines Vorgesetzten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Matrose Groger wurde von der Anklage der Bedrohung mit Begehung eines Verbrechens freigesprochen, wegen Abfassung und Singens eines auf den Kommandanten gemünzten Liedes zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Obermatrose Benz erhielt wegen Achtungsverletzung (Singen des Liedes) drei Monate Gefängnis, während der Wachmeistermaat Runge wegen desselben Vergehens mit drei Monaten und Degradation bestraft wurde. Außerdem stand noch der Obermatrose Weisk unter Anklage, welcher dem Matrosen Groger bei der Abfassung des Liedes einige in dem Liedes dann zur Verwendung gekommene Aussprüche gesagt hatte. Dafür erhielt derselbe drei Wochen Mittelarrest. Wachmeistermaat Runge wurde infolge Mordverdachts sofort verhaftet.

**Das Insterburger Duell.**  
Ueber das Duell, in dem der Lieutenant Blaslowitz das Leben verlor, wird der „Nat.-Ztg.“ folgende, wie es heißt, absolut authentische Darstellung gegeben:

Am 1. November sollte in Deutsch-Eylau bei einer Schwester seiner Braut die Vermählung des Lieutenanten durch einen Volterabend eingeleitet werden. Am Tage vorher gab Lieutenant Blaslowitz seinen unverheirateten Kameraden im Kasino die übliche Abschiedsbotwe. Daß er selbst dabei des Guten zu viel gethan hätte, haben seine Kameraden nicht bemerkt; sonst hätten sie ihn nicht allein nach Hause gehen lassen. In der frischen Luft scheint jedoch die Woge ihre Wirkung geübt zu haben, denn als in der Reitbahnstraße die Artillerielieutenant Hildebrand und Rahmussen ihren Kameraden Blaslowitz trafen, wichen er ihnen so schwach auf den Hüften, daß sie beschloffen, ihn der Wochtsicht halber nach Hause zu bringen. Leider führten sie diese Absicht nicht sofort vollständig aus; sie brachten den laum seiner Sinne Mächigen nur bis in die Nähe seiner Wohnung und glaubten, er würde von dort allein nach Hause finden. Sie waren bereits eine nicht unerhebliche Strecke von der Stelle entfernt, an der sie den Lieutenant Blaslowitz seinem Schicksal überlassen hatten, als ihnen Bedenken aufstiegen, ob sie gut daran gelhan hätten, den Kameraden nicht ganz nach Hause zu bringen. Deshalb lehrten sie um und fanden den Lieutenant Blaslowitz fast auf derselben Stelle, wo sie ihn verlassen hatten. Augenweinslich hatte er sich gewünscht an ein Haus angelehnt gehabt, und war dann herumtergefallen, so daß ihn die beiden Offiziere in bodender Stellung schlafend, an die Mauer gelehnt, antrafen. Sie fahen ihn deshalb unter die Arme und suchten ihn emporzuheben. Dabei schlug der Trümmer mit den Armen um sich, ohne im Schlafe zu wissen, wer ihn angefaßt hatte und gegen wen er sich wehrte. Das ist die Ursache zum Zweikampf!

werde, dies ausdrücklich als seinen einzigen und alleinigen Verweigerungsgrund anzugeben.“

Ich lieb mir dies wiederholt und fest versprechen, weil mir dies doch der unter den Umständen noch beste Boden schien, um bei Schwerin durchzubringen.

Ehe ich diesem oder schrieb, wollte ich ihn sprechen. Ich fuhr zehnmal zu ihm, ihn vernehmend. Inzwischen Präsidentenwechsel. Winter wird kommissarischer Präsident. Ich beschloß, es nochmals mit Winter zu versuchen, ihm aber nicht zu schreiben, um kein Novum in die Sache zu bringen, sondern bloß mündlich Rücksprache zu nehmen. Jahre zmal vergeblich zu ihm. Verpricht mir, die Sache nachzusehen und zu überlegen. Ich komme in acht Tagen wieder, mid er ist zu dem schmerzlichen Entschlusse gekommen, daß er nicht den Bescheid von Bedlich mittheilen könnte.

Nun schreibe ich zu Schwerin; erwiderte ihn endlich. Das war wieder eine Scene für die Götter, die ich Dir mündlich erzählen muß. Resultat: Daß Schwerin mir berichtigt, die Sache an den Magistrat zu überweisen. Galt er dies Versprechen, so ist die Sache gewonnen. Denn der Magistrat hat nie etwas dagegen, mid in der Ueberweisung liegt schon die Genehmigung der Regierung.

Aber ich muß sagen, ich glaube nicht, daß Schwerin sein Versprechen hält; andre werden ihn wohl wieder breis schlagen.

Nous verrons.“ Dies das Schicksal dieser Angelegenheit. — Auf den Fall laust Du jedenfalls herkommen und wird dies auch auf Deine Naturalisation, wenn sie bis dahin noch nicht entschieden, gut wirken.

NB. Natürlich reichste ich mid bei Schwerin vor ein paar Tagen eine schriftliche Eingabe ein, das mündlich Gesagte resapitulierend. Natürlich werde ich hierauf sobald noch keine Antwort haben.

Die Gräfin wollte Dir alle Tage schreiben, ist aber durch Reisevorbereitungen stets verhindert. Sie grüßt Dich und Deine Familie herzlich. Ich dito.

Dein J. Lassalle.

Montag, 1. Juli 1861

Berlin, Bellefontainestraße 13, Montag, 2. Juni 62.

Teurer Freund!

Wenn ich leugnen wollte, daß ich bis zum Empfang Deines Briefes vom 28. April sehr böse war — so müßte ich wirklich ganz unverschämmt lägen. Der letzte Zettel (nicht Brief), den ich von Dir

\*) Wir werden sehen.

Am nächsten Morgen, also am Freitag, fuhr Lieutenant Blaslowitz zu seinem Volterabend nach Deutsch-Eylau. Man kann es ihm gewis glauben, wenn er versichert, von den Vorgängen des letzten Abends am nächsten Morgen nichts gewußt zu haben. In Deutsch-Eylau war alles zur Feier des Volterabends vorbereitet, auch die Gäste waren bereits erschienen, als ein Telegramm aus Insterburg eintraf, das den Lieutenant Blaslowitz auf-forderte, sofort nach Insterburg zu kommen, er sei von zwei Offizieren gefordert und müsse wahrscheinlich den **Zweikampf sofort antreten**. Daß Lieutenant Blaslowitz zu seiner Hochzeit gefahren, war den Abendern des Telegrammes selbstverständlich bekannt. Die Hochzeit war auf Sonnabend fest-gelezt. Sie wurde infolge dieses Telegrammes verschoben und Lieutenant Blaslowitz reiste sofort nach Insterburg. Dort erfuhr er, daß die Lieutenanten Hildebrand und Rahmussen den Vorgang gemeldet und ihn gefordert hätten.

Nun tagte ein **Ehrentag**, ob am Sonnabend oder am Sonntag, das ist nicht gewis, doch ist letzteres wahrscheinlicher. Lieutenant Blaslowitz wollte die Angelegenheit, von der er hauptsächlich nicht wußte, in der Weise regeln, daß er eine Ehrenerklärung den beiden Artillerie-Offizieren gegenüber abgab, und die Verletzten wollten sich damit auch begnügen. Es verlautet sogar, daß einer der beiden Artillerie-Offiziere seine Forderung nach richtiger Würdigung der Verhältnisse zurückgenommen hatte, oder habe zurücknehmen wollen. Der Ehrentag entschied jedoch so, daß der **Zweikampf unvermeidlich war**. Der Brigaden-Kommandeur, Generalmajor Stamm in Gumbinnen und der aus dem Krosigk-Prozess bekannte Divisions-Kommandeur von Alten in Insterburg haben von dieser Entscheidung Kenntnis erhalten. Am Sonntagabend kam der Herr Blaslowitz mit seiner Frau, ferner die Braut und ein Infanterie-Hauptmann, der mit einer Schwester der Braut in Deutsch-Eylau verheiratet ist, nach Insterburg. Am nächsten Morgen sollte der Zweikampf stattfinden. Es steht fest, daß von ihnen auch die Frage erörtert wurde, ob Lieutenant Blaslowitz nicht seinen Ab-schied nehmen sollte. Dieser aber, der mit Leib und Seele Soldat war, lehnte diesen Ausweg rundweg ab. Herr Blaslowitz ver-suchte am Sonntagabend noch durch persönliche Rücksprache eine andre Entscheidung herbeizuführen — vergebens.“

It diese Darstellung in der „National-Zeitung“ richtig, so er-scheinen die Offiziere des Ehrentages sowie insbesondere der Brigade- und Divisions-Kommandeur sehr schwer belastet.

Die bürgerliche Presse sagt, wie stets bei derartigen Gelegen-heiten, über den Unfuh des Duells. Die Centralpresse betont sarkastischvoll die Sünde wider die Gebote Gottes. Diese selben Parteien jedoch haben bisher im Reichstag keineswegs das gethan, was zur Beseitigung des Duells führen würde.

Man dringe auf Beseitigung des ungesetzlichen „Ehrentages“, man bestrafe Duellanten als Todschläger, man bestrafe Vorgesetzte, die ein Duell anordnen, als Anstifter zum Verbrechen — und das vielbeklagte Uebel ist mit einem Schlage aus der Welt geschafft! —

## Ausland.

### Bebel bei den Wiener Arbeitern.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Seit dem Jahre 1894, wo er mit Singer und Gerlich beim Parteitage weilte, war August Bebel nicht in Wien gewesen. Troz-dem ist sein Name den Wiener Sozialdemokraten ebenso vertraut wie allen im Reiche, und die Herzen der Arbeiter schlagen ihm ebenso warm entgegen wie überall, wo er sich zeigt, um zu den Arbeitenden und Darbenden zu sprechen. Die Mitteilung, Bebel werde nicht bloß am Parteitage sein, sondern auch in einer öffentlichen Versammlung sprechen, erregte also unter der Wiener Arbeiterschaft begeisterte-weise heißen Jubel. Am Kommerz hatte Bebel's Gesährte, Genosse Ehrhart aus Ludwigshafen, die Wiener Parteigenossen begrüßt und durch seine warmblütige, humorvolle Art die Herzen sofort gewonnen. Bebel aber lemt man, wie sie erinnern sich noch an die historische Versammlung, wo er mit Friedrich Engels gesprochen, und so bewirkte die bloße Ankündigung von seiner Rede einen Massenauzug zum Versammlungsort, wie ihn Wien, wo man in Versammlungen doch Reicher ist, schon lange nicht gesehen hatte, Wohl kaum ein Drittel der Zustromenden fand in dem Saale Platz, der schon zwei Stunden, bevor sich das lebhafteste Bild auf der Straße entfaltet, so dicht mit Menschen gefüllt war, daß jeder Reu-ankommende in ein gefährliches Gedränge geriet. Es mußten alle Nebenlokalitäten eröffnet werden, und jedes war sofort, wie die Ordnung es den Anträngenden preisgab, auch schon von einer Menschenwoge überflutet. Ein Bunch besetzte die 10 000 Menschen, die da von allen Gegenden Wiens herbeigeströmt waren und nun mit Geduld all die Umbilden des Gedränges ertrugen — der heiße, febrilitische Wunsch, den Altmeister Bebel zu hören. Als er dann

empfangen, war vom 2. oder 3. September datiert. Ich antwortete Dir darauf sofort von Zürich aus, später von Florenz, dann noch-mals von da durch Albert Mario“ (Hast Du diesen Brief erhalten? war Mario bei Dir? warum erwähnst Du davon nichts?) endlich zeigte ich Dir von Berlin aus sofort, Mitte Januar, meine Rück-sicht, und woraus Du ersehst, daß ich, mid mit Recht, verlegt war, die Suspension meiner Korrespondenz an, bis ich eine Antwort von Dir erhalten. Und trotz alledem und alledem, keine Antwort von Dir, bis zum 28. April. Eine Parze von acht Monaten (seit September). Deine Entschuldigungen taugen alle nichts! Absolute Zeitmangel, um einen Brief zu schreiben giebt es überhaupt nicht. Außerdem hatte er bei Dir nicht obgewallert, denn mein Vetter Friedrich hatte, wie er mir bei meiner Rückkunft aus Italien erzählte, in der Zwischenzeit zwei Briefe von Dir bekommen, und statt deren hätteft Du ja besser mir schreiben können. Auf meinen Brief von Mitte Januar mußtst Du ferner, hätteft Du noch keine Zeit zu eingehendem Schreiben, sofort mit ein paar Worten antworten, da Du siehest, daß ich mich ärgere. Ebenso wenig langt Deine von den 10 Pfund hergenommenen Entschuldigung etwas. Denn das würde ja auf die Weisheit des Gottschalk hinankommen, daß wir durch das Morgen Geld und Freunde zugleich verlieren, mid freilich ist diese Weisheit auch im Allgemeinen sehr richtig. Aber auf uns soll sie doch keine An-wendung finden, old boy““)

Inzwischen, wie Dein Brief vom 28. April nun endlich ankam, war auch mein Zorn wieder beseitigt, und mir die eine sehr milde Vergeltung beschloß ich, daß ich nun auch zur Antwort einen Augen-blick bequemer Miße abwarten wollte. So habe ich Dich denn statt 8 Monate 5 Wochen warten lassen müssen.

Meinen „Zylian“, meinen „Fichte“, und meine Verfassungsrede wirst Du inzwischen durch Buchers Vermittlung erhalten haben, die Exemplare an Engels und Wolff hast Du hoffentlich besorgt. — Gabe die Güte, meine orientalischen Ressebriefe an Bucher zu ver-abfolgen, damit er sie mir bei seiner Rückkunft nach Berlin mit-bringt.

Auch die Bücher, die ich Dir mitgab (Modbertus, Mosher etc.) mußst Du mir, wenn er sie, wie ich vermute, nicht mitnehmen la-ssen. Anfang Oktober zurückgeben, falls ich nicht — was sehr möglich — im Juli selbst auf einen Sprung nach London komme. Ich trage mich mit dieser Idee. Aber noch ist nichts entschieden.

Nichts steht mehr fest, old boy, als daß ich Dein Buch“) be-sprechen werde. Auch soll, ob wir gleich, ausgemacht haben, daß

\*) Genosse Mazzini.

\*\*) Alter Knabe.

\*\*) Zur Kritik der Volkstischen Oekonomie“. Im Folgenden ist Rede von der von Marx beabsichtigten Kritik des Lassalleschen juristischen Hauptwerkes: „Das System der erworbenen Rechte“.

endlich auf der Tribüne erschien, durchbrauste ein mächtiger Jubel der Begeisterung den Saal, der sich weit hinaus auf die Straße und in die Nebengassen fortzuplanzte. Kein Einziger wollte die Hochrufe nehmen und der Vorsitzende mußte erst lange die Glocke schwingen, ehe Bebel dazu kam, dem Ein-bruch seiner Persönlichkeit den Eindruck seiner Worte zuzufügen.

Je länger er sprach, desto tiefer gerieten die Zuhörer in den zauberischen Bann der Worte, die dem Altmeister nur so vom Munde sprühen. Die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt Bebel als Redner folgendermaßen: Es ist etwas Unerkennliches in der Verecktheit Bebel's, die nicht nur das treffende Wort, sondern auch das zwingende Argument in jedem Augenblick so sicher zur Verfügung hat, daß jeder Satz sich tief in das Bewußtsein des proletarischen Zuhörers einprägt. Was Bebel spricht, ist Socialismus und nichts als Socialismus. Er preist die praktische Arbeit, den Kampf und die Erfolge der Gegenwart, aber in keinem Augenblick seiner Rede läßt er den Zuhörer vergessen, daß über all dem das erhabene Endziel steht und daß alles nur geschieht um des großen socialistischen Gedankens willen, der die Arbeiterklasse besetzt und ihrem welt-geschichtlichen Ringen jenen großen heroischen Zug giebt. Und die Wiener Arbeiter verstanden, was Bebel ihnen zu sagen hatte, mid jauchzten ihm Beifall. Als er geendet hatte, schrien es, als ob sie die unermeßliche Liebe zur socialistischen Sache, die in ihren Herzen wohnte, auf die Person ihres Verkünders übertragen wollten. Ob er wollte oder nicht, mußte Bebel eine Ausnahme machen und sich ein bißchen Personenkultus gefallen lassen. Besonders die Frauen hatten es auf ihn abgesehen. Eine Genossin über-reichte einen prächtigen, mit roter Schleife und Gold-inschrift geschmückten Blumenstrauß. Die Versammlung war schon lange geschlossen, aber Bebel konnte nicht weggehen. Hunderte von Händen streckten ihm — Aufmerksamkeiten entgegen, und wenn sich nicht schließlich einige Genossen energisch seiner angenommen hätten, wäre er mit dem Unterschreiben lange nicht zu Ende gekommen. Nur langsam leerte sich der Saal, es war den Wiener Arbeitern sichtlich schwer, von Bebel Abschied zu nehmen. „Auf Wiedersehen!“ tönte es ihm aus hunderten Reihen entgegen, als er sich endlich entschloß, aufzubrechen, und mitten durch das Gedränge hindurch den Saal verließ. —

## Schweiz.

### Wahlen in Genf.

Genf, 7. November. (Fig. Ver.) In unserem Kanton finden am nächsten Sonntag die Wahlen in den Großen Rat (Landtag) statt, auf die hin vor kurzer Zeit unsere Genossen sich ge-einigt haben. Sie haben 28 socialdemokratische Kandidaten auf-gestellt, von denen die meisten Arbeiter und zwar Angehörige ver-schiedener gewerblicher Berufe sind; auch ein Privatdocent, Dr. Adrian Böhj, ist darunter, ferner die Arbeitersekretäre Sigg und Schäfer. Die bisherige Zahl der socialdemokratischen Vertreter im Großen Rat betrug 10, insgesamt zählt derselbe 100 Mitglieder, die nach dem Proportionalsystem gewählt werden.

Zu den Wahlen haben unsere Genossen auch ein besonderes Aktionsprogramm aufgestellt, das ungemein wichtig ist und viele Interessen der Arbeiter berührt. Man darf daher bezweifeln wie auch im Hinblick auf die Einigung unserer Genossen diesmal be-sonders gespannt sein auf den Ausgang der Wahlen für unsere Partei. —

## Frankreich.

**Zum Generalstreik der Bergarbeiter.** In St. Etienne ging man, wie bekannt, mit dem Beschluß auseinander, den Generalstreik zu vertagen und zunächst nochmals eine klare und deutliche Antwort bezüglich der Forderungen der Bergleute vom Ministerpräsidenten Waldeck-Roussau zu verlangen. Diese ist beim Generalstreik Cotte eingegangen und ist z. B. den Provinzial-Föderationen zur Begutachtung unterbreitet. Die Föderationskomitees befragen wieder die Sektionsvorstände, ob die Antwort als befriedigend, der General-streik somit zu unterlassen sei. Die Föderation des Nordens hat die Umfrage beendigt; die Antwort Waldeck-Roussaus ist als befriedigend nicht anerkannt worden mid es ist der formelle Beschluß gefaßt, daß die Bergleute des Nord-Departements in den Streik eintreten, sobald derselbe allgemein beschloffen und die Bergleute der übrigen Kohlen-gebiete die Arbeit beschloffen.

**Marseille, 8. November.** 1000 Mann Verstärkungs-truppen gehen in der nächsten Zeit nach Tonkin ab, wo sich die Lage angesichts des Aufstandes in Laos bedeutend verschlimmert hat. —

**Truppennachschübe nach Südafrika.** Der Transport-dampfer „Cavarian“ ist mit 78 Offizieren und 1223 Unter-offizieren und Mannschaften nach Südafrika abgegangen. Die Re-gierung beschloß die Entsendung von 16 400 Mann Verstärkung nach Südafrika. —

Deine Kritik früher erscheinen soll, wenn ich erst so weit bin, es selbstredend ganz egal sein, ob Du schon die Dinge geliefert hast oder nicht. Denn solche Dinge arbeitet man nicht auf Kommando, auch nicht nach dem eignen, sondern man hängt dabei von Zeit, Mühe, Sammlung, Ideengang etc. ab. Aber ganz dieselben Um-stände wollen auch meinerseits ob. Und von vornherein, als ich sagte, Deine Kritik solle früher erscheinen, that ich dies nicht, um ein Äquivalent zu haben, und gar vorans zu haben, sondern um mir dadurch eine größere Zeit zu reservieren.

Ich bin seit Mitte Januar wieder hier. Seitdem habe ich den Julian geschrieben; das Fichtest, die Rede, Memoiren, die Ver-fassungsrede. Nimm hinzu, daß ich etwas politisch-praktische Agitation begannen. So habe ich den Verfassungsvortrag in vier Vereinen gehalten. Außerdem einen weit längeren Vortrag über den Arbeiter-stand geschrieben und in einem Arbeiterverein gehalten. (Ich habe mich jetzt auch entschlossen, ihn drucken zu lassen; er ist bereits unter der Presse. Sowie er fertig, sende ich Dir ihn.) Nimm hinzu die entse-gliche Zeit, die mit dem geringsten Kapitalien verloren wird. Rück-sprachen etc. etc. Nimm hinzu eine täglich anschwellende und un-bequem werdende Korrespondenz; und endlich, daß ich diese mid jene Bücher, die erscheinen, um notdürftig an fait zu bleiben, in diversen Wissenschaften mitlesen muß — und Du wirst Dir sagen, daß ich seit meiner Rückkunft noch keinen Augenblick frei gehabt haben kann.

Hudem erinnerst Du Dich, daß ich Dir schon bei Deinem Hier-sein sagte: infolge der intensiven Beschäftigung mit andern Dingen in den letzten drei Jahren ist die nationalökonomische Materie in meinem Kopf gleichsam fossil geworden. Ich muß sie erst wieder flüssig machen, um meine ganze Herrschaft darüber zu haben. Freilich ist dies durch eine Lektüre von vier Wochen wieder geschehen. Aber diese müssen eben da sein.

Ehe wieder alles in mir ganz flüssig ist, nicht es mir auch nichts, an die zweite Lektüre Deines Buchs zu gehen, weil ich früher auch nicht bei kritischer Vollkraft bin. Mein Voratz ist also der: dieser Tage an den zweiten Teil von Tooles diadem Wert zu gehen, dessen Lektüre ich gleichfalls seit lange verschoben habe. Während letztere Lektüre wird alles wieder flüssig. Dann gehe ich an die zweite Lektüre Deines Buchs, und die Ausführung meines ökonomischen Werks, welches letztere freilich sehr lange dauern wird.

Adieu! Gruß Frau und Töchter. Unter meinen Motiven, nach London zu kommen, spielt auch der Wunsch, die eine Tochter zu sehen, die der Ruf so schon macht.

Dein J. L.

## Italien.

Die Sozialdemokratie Neapels ist mit großer Energie und mit ebenso großen Hoffnungen in den Wahlkampf zu den Kommunalwahlen eingetreten. Die Versammlung, welche die Wahlkampagne eröffnete und in der Leone und Dr. Labriola als Redner auftraten, war von 4000 Personen besucht. Die Redner gingen selbstverständlich auf die neapolitanischen Skandale ein und unterzogen die ganze Kommunalverwaltung einer vernichtenden Kritik. Es wurde eine Resolution angenommen, in welcher verlangt wird, daß die Untersuchung auf die ganze Provinzialverwaltung ausgedehnt werde. Die sozialistische Partei stellt insgesamt 12 Kandidaten auf. —

## England.

### Sir Harcourt gegen die südafrikanische Kriegsführung.

Sir Harcourt, einer der angesehensten Häupter der Liberalen und frühere Minister, hat sich in der Presse in schärfster Form gegen die Art der englischen Kriegsführung ausgesprochen.

Die „Times“ veröffentlichten ein Schreiben des William Harcourt, in welchem dieser sich gegen die Politik der Regierung und die Kriegsführung besonders während der letzten Zeit wendet. Harcourt erklärt, die Verdamnung der Boeren und Konfiskation ihres Eigentums seien verfassungswidrig und verderblich und könnten weber durch das Kriegrecht noch durch das bürgerliche Recht begründet werden.

Der unionistische Flügel der Liberalen wird nichtsdestoweniger die neuen Kriegsanleihen bewilligen! —

## Rußland.

Verwarnung der Beamten. Man schreibt uns: Die ängstlich und misstrauisch die Regierung gegenüber den liberalen und sozialistischen Tendenzen in der Presse und in den Kreisen der russischen Intelligenz geworden ist, beweist ein neuer Akt, der den Staatsbeamten streng untersagt, publizistisch und journalistisch tätig zu sein. Nur in Ausnahmefällen darf ein Staatsbeamter mit Genehmigung eines hohen Vorgesetzten, einer Exzellenz, der Presse Beiträge oder Informationen liefern. Ja, selbst mündliche Mitteilungen von Beamten an die Presse sollen streng geahndet werden. Wenn man die strenge Präventivcensur, der die russische Presse fast ausnahmslos unterliegt, in Betracht zieht und weiß, daß jeder russische Beamte, dessen etwaige liberale Bestimmung an die große Glocke kommt, sofort seiner Stellung verlustig geht, kann man sich den Zweck des überflüssigen Winkes schwer erklären. Er bedeutet eben nur einen Wink an die Beamenschaft, sich in jeder Beziehung von staatsgefährlichen Bestrebungen fernzuhalten. Daß gleichzeitig den Beamten verboten wird, sich an industriellen und Handelsunternehmungen zu beteiligen, sowie vor allem an Aktiengesellschaften, wird hoffentlich bei der bekannten Verschicktheit der russischen Beamenschaft nach dieser Richtung hin segensreich wirken. —

## Partei-Nachrichten.

Protokoll gegen den Hungerlohn. Es liegen heute weitere Nachrichten vor aus Köln (Stadtkreis) mit 23 000 Unterschriften, Köln (Landkreis) 14 000 Unterschriften. Im sächsischen Staatsgebiete wurden 16 658 Unterschriften gegeben, in beiden Mecklenburg 36 025, im Reichstags-Wahlkreis Erfurt-Schlesungen 17 584, Wahlkreis Liegnitz-Goldberg 9215, Wahlkreis Landeshut-Jauer 5087.

Im ganzen zählten wir bis jetzt in 78 Reichstags-Wahlkreisen, die uns rund 800 000 Wahlstimmen brachten, rund 1 400 000 Unterschriften.

Die deutsche „Vergarbeiter-Zeitung“ hatte ohne jeden Grund die Behauptung aufgestellt, der „Vorwärts“ hätte den Vergarbeiter-Verband angegriffen und abfällige Artikel an ihn gerichtet. Von uns gestellt, muß sie nun diese leichtfertige Behauptung zurückziehen. Sie hat es zwar nicht in aller Form, aber indem sie in ihrer jüngsten Ausgabe (Nr. 44) von unserer Erklärung, daß wir den Verband noch niemals angegriffen oder abfällig kritisiert haben, mit Bemerkung Notiz nimmt, erkennt sie das doch in der Sache an. Und darum handelt es sich für uns.

Auch gegen den Vorwurf „böser Verdrehung“ in ihren Angriffen auf den liberale Parteitag in Sachen des Hamburger Maurerzweiges kann sie sich nicht mehr wehren. Sie weiß darauf nur noch mit der recht verfehlten Retourkutsche zu antworten, auf dem „Vorwärts“ bliebe sitzen, daß er gegen offensichtliche Schäden in der sozialdemokratischen Partei kein kräftig Vorgehen findet.

Wir gestatten uns, die „Deutsche Vergarbeiter-Zeitung“ darauf aufmerksam zu machen, daß das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei für seine Haltung zu Parteifragen dem parteipolitisch neutralen Gewerkschaftsblatt „Deutsche Vergarbeiter-Zeitung“ keine Rechenschaft schuldig ist. Die „Deutsche Vergarbeiter-Zeitung“, die ja kein Parteiblatt ist und auch um alles in der Welt nicht als solches angesehen sein will, mag es ruhig den Berufenen überlassen, den „Vorwärts“ für seine Haltung zur Gewerkschaft zu ziehen, falls es diesen nötig erscheint.

Wir haben uns mit dem Blatte nur beschäftigt, weil es gegen uns selbst unbegründete Beschuldigungen erhob und weil es die Mitglieder unseres Parteitages unter Verdrehung des Tatbestandes angriff. In beiden Fällen vermag es jetzt unserer Konstatierung des einfachen Tatbestandes nichts Tatsächliches mehr entgegenzuhalten und damit dürfen diese Fälle für uns wohl erledigt sein.

### Der Zwist in Hamburg.

Wir haben gestern schon telegraphisch gemeldet, daß die Verhandlungen eine Kommission gewählt haben mit dem Auftrage, mit den Vertretern der „Freien Vereinigung“ und der Parteikommission über die Einigung der Maurer zu verhandeln. Dem ausführlichen Bericht des „Hamburger Echo“ entnehmen wir, daß die Versammlung von über 1000 Verbandsmännern besucht war. Mollenhuth hielt eine Ansprache, in der er zur Einigkeit mahnte. Er erwähnte einen Bericht des „Hamburgischen Fremdenblattes“, wonach die „Freie Vereinigung“ beschlossene haben soll, als Einigungsbedingungen zu fordern, daß aus dem Tarifvertrag die Zeitlohnbedingung gestrichen werde, daß der Vorstand der Hamburgischen Verbandszentrale zurücktrete und daß der „Grundstein“ die Verleumdungen der Mitglieder der „Freien Vereinigung“ zurücknimmt. Mollenhuth ist der Meinung, daß von der Erfüllung dieser Bedingungen keine Rede sein könne, giebt aber der Hoffnung Ausdruck, daß trotzdem eine Einigung zu stande kommt. Namens des Vorstandes des Maurerverbandes gab Robert die Erklärung ab, daß der Verband als Grundbedingung fordere die Aufhebung der Sonderorganisation und Anerkennung des bestehenden Tarifvertrages. Die Versammlung stimmte dem zu.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Offenbach a. M. sind unsere Genossen, wie schon berichtet, unterlegen. Auf die sozialdemokratischen Kandidaten fielen von 2631—2714 Stimmen, auf die Gegner 3034—3094 Stimmen. Von 7940 eingeschriebenen Wählern stimmten 6410 ab. Die dortige Wahl beansprucht deshalb erhöhtes Interesse, weil unsere Genossen bisher schon dicht vor einer sichern Mehrheit im Stadtparlament standen; ein Zuwachs von nur zwei Mandaten hätte sie ihnen gebracht. Bisher hatten sie 16 von 35, jetzt haben sie leider zwei Mandate verloren, so daß sie nur noch über 14 gegen 21 gegenüberliegen.

Ueber die Ursachen dieser Niederlage sagt das Offenbacher Parteiblatt, daß sich die Gegner diesmal eine Organisation geschaffen hatten, die der untern überlegen war, daß aber auch infolge des schlechten Geschäftsganges eine große Anzahl Arbeiter mit ihren Steuern im Rückstande geblieben seien und deshalb von der Wählerliste gestrichen werden mußten. Genosse Ulrich sprach am Abend der Wahl zu den versammelten Parteigenossen über die erlittene Niederlage und hob dabei hervor, daß sich diesmal das Kleinbürgertum auf die Seite unserer Gegner geschlagen habe. Er sprach aber auch aus, daß die Parteigenossen nun sofort mit uns so

größerem Eifer daran gehen müssen, vorhandene Mängel und Schäden der Organisation auszubauen und die Partei im Innern zu stärken, um das nächste Mal die Scharte auszuweichen.

Gemeindegewahlen. Einen beachtenswerten Sieg errangen unsere Parteigenossen in Bunzlau in Schlesien. Sie eroberten alle vier zur Wahl stehenden Mandate gegen die vereinigten bürgerlichen Gegner. Bisher sah kein Sozialdemokrat im dortigen Stadtverordneten-Kollegium.

Totenliste der Partei. Valentin Schröder, ein Kampfgenosse aus den Reihen der stürmischen alten Garde der Sozialdemokratie ist dieser Tage in Stuttgart seinen Leiden erlegen. Unsere jungen Genossen haben ihn, wie die „Schwäbische Tagwacht“ in ihrem Nachruf bemerkt, nicht mehr kennen gelernt, den kleinen alten selbständigen Schuhmacher, der in der Sorge des kleinen Handwerksmeisters nicht mehr die Zeit und die Mittel hatte, sich für die Arbeiterklasse zu betätigen. Um so reger, fleißiger und aufopferungsvoller war der Genosse Schröder aber in den Zeiten des kräftigen Mannesalters, und da diese Zeit zusammenfiel mit der Anfangszeit der sozialistischen Bewegung und der Anfangszeit des Sozialistengesetzes, so braucht nicht gesagt zu werden, daß er in schwerer Zeit seinen Mann gestellt hat. Alle Kämpfe, welche die Genossen Württemberg um Gründung und Erhaltung ihrer Presse führten, hat Schröder mit ausgefochten, er hat sogar in den schwierigsten Zeiten das Stuttgarter Organ als verantwortlicher Redakteur gezeichnet. Derters gehörte er dem Vorstand der Landes-Organisation an und immer hat er seine volle Pflicht, politische Verfolgungen, persönliche Opfer, geschäftliche Vernachlässigungen hatte er zu erdulden, aber nichts machte den Kämpfer für seine gefestigte sozialdemokratische Überzeugung irre. Er hielt uns, bis er zu entbehren war. Als nach dem Fall des Sozialistengesetzes die Partei größer wurde, und es nicht mehr an arbeitsfähigen Kräften fehlte, da erst nahm er Rücksicht auf sich. Immer schwieriger wurde es ihm als armer Schuster, seine Existenz zu sichern, und das war ihm Ehrensache; dazu kam das Alter und körperliche Verschleiden, die ihm das Auscheiden aus der aktiven Armee zur Notwendigkeit machten. Aber immer lebte und webte er mit dem Gros, ein guter Kamerad und Genosse.

In Genuß starb der Heilenhauer Wilhelm Suffer, der sowohl in seiner Gewerkschaft wie als Parteigenosse sich stets thätig und opferwillig gezeigt hat.

Eine der Partei zugedachte Erbschaft wird, wie das „Hamburger Echo“ berichtet, leider der Hamburgische Staatsbank einstecken. Am 1. November starb in Hamburg der besagte Schuhmacher Sören Mathias Thoresen, ein Däne, der in Parteifreien so gut wie gar nicht bekannt war. Trotzdem war er einer der Innern, wie sein letzter Wille beweist. Er bestimmte 2000 M. seines Vermögens einer Witwe, die den kränklichen Mann seit Jahren gepflegt hat, und 2000 M. der sozialdemokratischen Partei unter der Bedingung, daß seine Pfliegerin bis an ihr Lebensende auch die Zinsen dieser 2000 M. bekomme.

Leider wird das Testament nicht ausgeführt werden, da es nur in Gegenwart von Jüngern seinem Arzte diktiert und dann, da er selbst nicht schreiben konnte mit drei Kreuzen unterzeichnet hat. Das Testament entspricht somit nicht den gesetzlichen Vorschriften. Außerdem hätte er auch das Vermächtnis für die Partei an eine bestimmte Person geben müssen, da die Partei nicht erben kann.

Da der Verstorbene keinen gesetzlichen Erben hinterläßt, fällt sein Nachlaß an den Staat.

Wir gedenken des guten Willens des Verstorbenen trotzdem mit freundlichem Gedenken.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Wahrung, Mißbrandgefahr!

An alle in der Wärsen- und Pinselindustrie, Holzhaarspinnereien, Haar- und Wollenzurichtereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen!

Infolge wiederholter Krankheitsfälle, welche durch die Verarbeitung von Rohmaterialien, wie Wörsten, Ziegenhaaren, Holzhaaren usw. vorgekommen sind, weil diese Rohmaterialien ungenügend oder gar nicht desinfiziert waren, also den Bestimmungen der Bundesratsverordnung vom 1. Juni 1899 nicht entsprechen, hat sich die unterzeichnete Kommission veranlaßt gesehen, gemeinsam mit den ebenfalls interessierten Lederarbeitern (Gerbern) für den 17. November 1901, vormittags 10 Uhr, nach dem großen Saal des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Versammlung einzuberufen.

In dieser Versammlung sollen die Wünsche und Forderungen der Arbeiter, welche sie im Interesse ihrer Gesundheit stellen, in der Fassung einer Resolution zum Ausdruck gebracht werden. Diese soll alsdann dem Reichstage, dem Bundesrat, sowie der zuständigen Behörde unterbreitet werden.

Der Reichstags-Abgeordnete Emanuel Warm hat das Referat über „Gewerkschafts-Gesundheitsschutz“ übernommen. Alle interessierten Personen sind hierzu freundlichst eingeladen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten.

Die Branchen-Kommission der Wärsen- und Pinselmacher.

J. A.: F. Weiner, Engel-Ufer 4a.

NB. Die Adresse des Vorsitzenden der Mißbrand-Kommission ist: F. Bauer, N., Ewinemünderstr. 49, parterre.

### Deutsches Reich.

„Verbrüderung deutscher Arbeiter“ nennt sich eine unternehmerische stehende Arbeiter-Organisation in Harburg. Drei dortige Arbeiter, welche durch lange Arbeitslosigkeit müde gemacht waren, ließen sich nach dem Harburger Volksblatt als Mitglieder aufnehmen in der naiven Hoffnung, dadurch Arbeit zu erhalten. Sie bezahlten also jeder 50 Pf. und waren so zu Mitbrüdern avanciert. Da wurde ihnen denn auch ein zusammengelagerter Zettel, der durch Stempel verriegelt war, in die Hand gedrückt, mit dem man sie nach einer bekannten Harburger Fabrik schickte. Als sie dort dem Direktor den Zettel übergeben hatten, sagte er ihnen, daß seine Arbeit für sie vorhanden. Damit gab er ihnen kurzer Hand den nunmehr geöffneten Zettel wieder zurück. Dieser hatte folgenden Aussehen:

An die . . . . .

J. H. des Herrn . . . . . Harburg.

Verehrlicher Fabrikleitung gestattet sich die Verbrüderung deutscher Arbeiter“ mitzutheilen, daß die nachstehend bezeichneten Mitglieder der „Verbrüderung“ arbeitslos sind. Unter Bezugnahme auf die Tendenz des Vereins bittet der unterzeichnete Vorstand, wenn angängig um baldige Einstellung dieser Mitglieder.

Der Vorstand.

J. A.: (gez.) Schmidt, Reeseberg 108.

| Vor- und Zuname | Wohnung | Alter | Beschäftigung | Bemerkungen |
|-----------------|---------|-------|---------------|-------------|
|                 |         |       |               |             |
|                 |         |       |               |             |
|                 |         |       |               |             |
|                 |         |       |               |             |

Dieses Formular war entsprechend ausgefüllt. Die Rubrik „Bemerkungen“ aber enthielt bei allen drei Arbeitern folgende Worte:

„Auf der Gummi-Fabrik gestreift“.

Welchen Zweck mag wohl diese schöne Bemerkung haben? Soll sie vielleicht bezwecken, daß die so der brüderlichen Liebe teilhaftig gewordenen bei den Arbeitgebern in ein möglichst günstiges Licht gestellt werden, damit sie desto leichter Arbeit von ihnen erhalten? Gesetzt den Fall, diesen drei Leuten wäre

der Zettel von dem Fabrikdirektor nicht wieder ausgehändigt worden, sondern sie wären, ohne über seinen Inhalt orientiert zu sein, unverrichteter Sache zum Arbeitsnachweis der „Brüderchaft“ zurückgeführt, so hätte man ihnen dort gleich einen neuen Zettel mit derselben Bemerkung ausgeteilt und sie damit zu einem andern Arbeitgeber geschickt, — natürlich mit demselben Erfolge. Und so weiter! Und das Resultat? Die drei Arbeiter wären von Fabrik zu Fabrik gelaufen, — um sich überall als Leute vorzustellen, die beim Gummi-Fabrik mit dabei gewesen sind!!

Wie diese „Brüderchaft“ sehen übrigens auch alle andern „Brüderchaften“ zwischen Arbeitern und Unternehmern aus. Die Arbeiter werden dabei über die Lügen gehauen; was sie sich an einem konkreten Beispiel merken können!

Bei der Gewerbegerichtswahl in Geestemünde wurden bei schwacher Beteiligung in der Arbeitnehmerklasse die sechs Kandidaten der Gewerkschaftsliste ohne Gegenliste gewählt.

## Ausland.

Die streikenden Arbeiter des Kupferwerks zu Röros wollen nun selbst ein Kupferwerk begründen. Ein Grubenarbeiter hat in der Gegend von Röros einen neuen, vielversprechenden Erzgang aufgefunden. Die Erzprobe, die in Christiania untersucht wurde, wies einen Gehalt von 12,45 Proz. auf, 4 Proz. mehr als das Erz der alten Werke. Zur weiteren Untersuchung ist eine Probe nach England geschickt worden. Eine Aktiengesellschaft der streikenden Arbeiter ist in Bildung begriffen. Das Aktienkapital soll 80 000 Kr. betragen und durch Aktien à 200 Kr. aufgebracht werden.

Streikposten mit Musik. In Walsbarn, England, standen vor kurzen fünf Streikbänder vor Gericht. Sie sollten in der Nähe einer Weberei, in der gestreift wurde, Streikposten gestanden und dabei einen Bladleg (Schwarzbein = Streikbrecher) bedroht haben. Die Angeklagten behaupteten, nur Musik gemacht zu haben; sie bildeten eine Musikbande. In der Verhandlung wurde als festgestellt erachtet, daß es häufig vorkomme, daß Gewerkschaften Musikbanden als Streikposten engagierten. Der Direktor der betreffenden Fabrik sagte nämlich aus, daß die Streikbrecher am meisten fürchteten, wenn eine Musikbande käme und dabei ein großer Menschenauflauf entsände. Die Angeklagten, sämtlich Weber, mußten angeben, daß sie für ihr Musizieren wöchentlich 30 M. bekämen, und so wurde angenommen, daß es sich auch hier um Streikposten handelte, und wurden dieselben wegen Bedrohung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt.

## Versammlungen.

Die deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft hielt am Sonntag, den 8. November, ihre Generalversammlung für das 3. Quartal ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung eröfnete die Versammlung die in diesem Quartal verstorbenen Kollegen durch Erheben von den Plätzen. Den Bericht des Vorstandes gab der 1. Bevollmächtigte Dannenberg. Streiks wurden nicht geführt, ebenso sind auch die Gewahrgelassenen bald anderweitig untergebracht worden. Die Gesamteinnahme vom 3. Quartal betrug 1706,40 M., die Gesamtausgabe 1173,87 M. Im Lokalfonds sind ungefähr 1000 M. zu verzeichnen, so daß trotz der unglücklichen Konjunktur immerhin ein beträchtliches Resultat zu verzeichnen ist. Neuaufnahmen fanden 90 statt, durch Tod verlor die Zahlstelle 9 Mitglieder. Nachdem auf Befragen Kassierer P. Edelmann erklärte, daß in der nächsten Nummer der „Solidarität“ eine Abrechnung des Lokalfonds sowie auch der Listen gegeben würde, wurde demselben Decharge erteilt. Den Bericht vom V. Kongreß der Vertrauensmänner-Centralisation gab der Delegierte Edelmann. Er führte aus, daß wir uns mit den dort angenommenen Anträgen einverstanden erklären können und erwartet Redner, daß dem von der Geschäfts-Kommission gegebenen Versprechen, in der Agitation alle angeschlossenen Organisationen zu berücksichtigen, nachgekommen wird. Nach einer eingehenden Diskussion wurde die Thätigkeit der Delegierten gutgeheißen und der Antrag angenommen, sich die Beschlüsse des Kongresses zu eigen zu machen. Sodann wurden die Ergänzungswahlen zum Hauptvorstand vorgenommen. Gewählt wurden als erster Vorsitzender Kollege A. Dannenberg und als Beisitzer Richard Schönheim. Die bereits amtierenden Kollegen wurden in bloc bestätigt. Bei der Wahl des Redakteurs der „Solidarität“ wurde A. Dannenberg bestätigt. Der aus Quedlinburg anwesende Kollege Schöple rügte den anwesenden stellvertretenden zweiten Vorsitzenden, weil nicht dem Ausschuß Mitteilung gemacht sei, und verlangte Aufklärung über die Amtsniederlegung des Hauptvorstandes. Schöple gab dieselbe, womit sich Schöple zufrieden stellte. Es wurden dann in die Ordreverwaltung gewählt als 1. Bevollmächtigter G. Wiesner, 2. Bevollmächtigter W. Länig, als Unterstössler für den Norden Robert Guth, für den Süden E. Rafenad.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 8. November. (W. Z. V.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Düsseldorf, daß das Gühröhen-Syndikat in letzter Stunde infolge Einspruchs eines süddeutschen Werkes als gescheitert anzusehen sei.

Frankfurt a. M., 8. November. (W. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Auf der Denverbahn streiken die Weichensteller.

Wien, 8. November. (W. Z. V.) In der hiesigen Universitätskammer es heute vormittag zwischen slovenischen Studenten, welche für die Errichtung einer slovenischen Universität in Laibach demonstrierten, und deutschen Studenten zu einer argen Schlägerei, so daß die Polizei einschreiten und die Ruhe wieder herstellen mußte.

Graz, 8. November. (W. Z. V.) Das Pulverwerk in Rudersdorf ist heute vormittag in die Luft geflogen. Näheres folgt noch.

Paris, 8. November. (W. Z. V.) Deputiertenkammer. Infolge einer Interpellation über die Arbeit der Eisenbahn-Bediensteten nahm das Haus mit 330 gegen 116 Stimmen eine Tagesordnung an, durch welche das Vertrauen der Regierung ausgesprochen und beschloffen wird, Donnerstag ein Gesetz zu Gunsten dieser Beamten zu beraten.

Konstanz, 8. November. (W. Z. V.) Bei dem Brande eines Tuchmagazins wurden durch den Einsturz des Daches zwei Feuerwehrlente getötet und viele Personen verwundet.

Petersburg, 8. November. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Ein Telegramm unseres Peking-Korrespondenten von gestern besagt: Das Telegramm des Kaiserlichen Bureau aus Peking bezüglich der Verhandlungen, welche zwischen dem verstorbenen Bevollmächtigten Li-Hung-Tschang und dem russischen Gesandten Lessar hinsichtlich der Mandchurie eingeleitet worden seien, haben die Thatsachen unwirksam berichtet. Seit dem Monat Februar, wo die Verhandlungen mit der russischen Regierung unterbrochen wurden, ist nach hier eingezogenen Erkundigungen den Chinesen seitens Auslands über die mandchurische Frage kein Vorschlag gemacht worden. Wenn diese Frage wieder aufgenommen worden ist, so ist dies nur dank der Initiative der Chinesen selbst geschehen; irgend welche Vorstellung seitens Lessars hat nicht stattgefunden.

Peking, 8. November. (Meldung des „Rueterischen Bureau“.) Hier ist ein Edikt eingetroffen, nach welchem Juanshikaj zum Gouverneur von Petschili und das Mitglied des Kabinetts Wangwen-Tschang zum Nachfolger Li-Hung-Tschangs als Bevollmächtigten ernannt und beiden befohlen wird, sich sofort nach Peking zu begeben. In einem zweiten Edikt wird Li-Hung-Tschang zum Marquis ernannt und ihm der neue Name Li-Wen-Tschang gegeben.

Rio de Janeiro, 8. November. (W. Z. V.) Die brasilianische Regierung kündigte, da sie über einen ungünstigen Handelsvertrag mit Italien unterhandeln will, heute das vorläufige Abkommen vom 5. Juli 1900, das infolgedessen am 8. Mai 1902 erlischt.

# Zu den Stadtverordneten-Wahlen!

Die Parteigenossen der heute wählenden ersten Abteilung fordern wir auf, in allen Bezirken ihre Stimmen auf den Genossen **Paul Singer** zu vereinigen. Es ist notwendig, daß auch die Genossen dieser Wählerklasse Gelegenheit haben, bei der Wahl Protest gegen die freisinnige Kommunal-Mißwirtschaft zu erheben.

## Aus Industrie und Handel.

**Betriebsbeschränkungen.** Der Betriebsdirektor der Königs-Hütte in Schleien kündigte den Arbeitern an, daß wegen Betriebsbeschränkungen die jüngeren Jahrgänge der Arbeiter zur Entlassung gelangen.

In Chemnitz haben die Holzarbeiter in einer Umfrage festgestellt, daß von 1045 Arbeitern dieses Berufes 704 bei verkürzter Arbeitszeit arbeiten, da die Betriebe ihre Leistungen erschweren müssen. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist zum Teil eine erhebliche, sie schwankt von 3 1/2 Stunden bis 20 Stunden die Woche.

Das Braunschweiger Gewerkschaftskartell hat bei einer Arbeitslosen-Zählung am 4., 5. und 6. November 679 Arbeitslose ermittelt.

Ueber die Lage des Eisenmarktes entwirft die Handelskammer in Ruhrort ein trübes Bild; sie bemerkt am Schluß ihres Jahresberichtes im Hinblick auf die gegenwärtige Geschäftslage folgendes:

Der Bedarf des Inlandes ist infolge der mangelnden Unternehmungslust und der Zurückhaltung fast aller Eisenverarbeitenden Kreise so gering geworden, daß er das Arbeitsbedürfnis der Werke nur zu einem Bruchteil zu befriedigen imstande ist. Der Auslandsmarkt ist zwar in der Lage, einen Teil der heimischen Erzeugung aufzunehmen, und zur Aufrechterhaltung des Betriebes ist es auch durchaus erforderlich, daß ein erheblicher Teil der Erzeugung zur Ausfuhr gelangt; die im Ausfuhrgeschäft erzielten Preise sind aber in den meisten Fällen derartig, daß sie die Selbstkosten nicht im entferntesten decken. Die Eisenpreise haben, dem allgemeinen Preisrückgang folgend, ebenfalls eine entsprechende Ermäßigung erfahren, so daß die Hochöfenwerke, begünstigt durch die ungestörte Rheinschiffahrt im Laufe des verfloffenen Sommers, ihren ferneren Bedarf für spätere Zeit unter im allgemeinen günstigen Bedingungen decken konnten. In Schmelzschrott übersteigt das Angebot den Bedarf, und die Preise dafür sind auf einem verhältnismäßig sehr niedrigen Stande. Die Preise für die meisten übrigen Roh- und Betriebsmaterialien folgen mehr und mehr dem Rückgang der Fertigfabrikationspreise, stehen aber für einige Rohstoffe, wie z. B. Coals, und soweit es um ältere Abfälle sich handelt, deren Abwicklung nach Lage der Dinge eine Verzögerung erfährt, zu den gleichzeitigen Preisen der Fertigerzeugnisse auch jetzt noch in einem ungehörigen Mißverhältnis. Ueber die voraussichtliche weitere Gestaltung des Marktes läßt ein Urteil nach Lage der Sache nicht mit einiger Sicherheit sich fällen. Leider aber sieht man keine Anzeichen, die sich auf eine Besserung vor der Hand deuten ließen; eher ist für den Winter noch mit einer Verschärfung der Zustände zu rechnen.

**Verbrauch von Wein, Bier und Brauntwein in den wichtigsten Ländern.** Ueber den Konsum von Wein, Bier und Brauntwein, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, giebt eine britische Parlamentsdrucksache folgende interessante Uebersicht:

Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung:

|                             | Liter Brauntwein | Liter Bier | Liter Wein |       |       |       |
|-----------------------------|------------------|------------|------------|-------|-------|-------|
| 1898                        | 1899             | 1898       | 1899       | 1898  | 1899  |       |
| Großbritannien              | 4,7              | 5,0        | 144,9      | 148,8 | 1,9   | 1,9   |
| Rußland                     | 4,9              | —          | 4,1        | —     | —     | —     |
| Norwegen                    | 2,6              | 3,3        | 21,6       | 22,2  | —     | —     |
| Schweden                    | 8,1              | 8,6        | 50,0       | —     | —     | —     |
| Dänemark                    | 14,7             | 15,4       | 94,6       | 99,9  | —     | —     |
| Deutschland                 | 8,4              | 8,8        | 124,2      | 125,0 | 3,5   | 4,7   |
| Belgien                     | 8,6              | 8,1        | 207,0      | 213,0 | —     | —     |
| Frankreich                  | 9,4              | 9,2        | 25,0       | 27,0  | 112,0 | 113,0 |
| Schweiz                     | 6,2              | 6,1        | 70,0       | 70,0  | 67,0  | 67,0  |
| Italien                     | 1,1              | 1,2        | —          | —     | 92,0  | 93,0  |
| Oesterreich                 | 10,0             | —          | 71,0       | 72,0  | 20,0  | 15,0  |
| Ungarn                      | 11,0             | —          | 9,0        | 9,0   | 10,0  | 14,0  |
| Rumänien                    | 9,6              | 4,4        | —          | —     | —     | —     |
| Berein. Staaten von Amerika | 4,4              | 4,0        | 57,9       | 60,5  | 1,3   | 1,5   |

Die den Verbrauch von Brauntwein angegebenden Mengen beziehen sich auf Brauntwein von 50 Proz. Alkoholgehalt, für Branntwein auf solchen von 80 = 47,4 Proz. Alkoholgehalt. Für das Jahr 1900 liegen die folgenden Angaben vor: Großbritannien: Produktion 59 970 689 Hektoliter Bier und 2 609 568 Hektoliter Brauntwein — Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung 1,8 Liter Wein, 144,0 Liter Bier und 5,1 Liter Brauntwein. Dänemark: Produktion 2 475 888 Hektoliter Bier und 339 874 Hektoliter Brauntwein. Deutschland: Produktion 3 134 000 Hektoliter Wein und 7 336 000 Hektoliter Brauntwein — Verbrauch 6,6 Liter Wein und 8,8 Liter Brauntwein. Belgien: Produktion 14 617 000 Hektoliter Bier und 717 000 Hektoliter Brauntwein — Verbrauch 4,1 Liter Wein, 219 Liter Bier und 9,6 Liter Brauntwein. Frankreich: Produktion 67 333 000 Hektoliter Wein, 10 712 000 Hektoliter Bier und 5 312 000 Hektoliter Brauntwein — Verbrauch 9,4 Liter Wein, 28 Liter Bier und 9,2 Liter Brauntwein. Italien: Produktion 29 900 000 Liter Wein — Verbrauch 88 Liter Wein.

**Kohlenbergbau in Preußen.** In den ersten drei Vierteljahren 1901 waren in Preußen 277 (i. B. 273) Steinkohlenwerke in Betrieb, die 75 761 092 Tonnen (i. B. 75 826 875 Tonnen) Kohlen förderten. Hiervon wurden abgesetzt 71 168 568 Tonnen (71 909 445 Tonnen). Within ein Wunderabzug von 885 877 Tonnen. Die Belegschaft stellte sich auf 403 054 Mann (i. B. 398 897). Auf den Ober-Verganntschaftsbezirk Breslau entfielen hiervon 75 (73) Werke, die 22 411 219 Tonnen (i. B. 22 080 723 Tonnen) förderten und 20 444 862 Tonnen (i. B. 20 507 077 Tonnen) absetzten. Auf den Ober-Verganntschaftsbezirk Dortmund entfielen 168 (167) Werke mit einer Förderung von 43 818 900 Tonnen (i. B. 44 233 341 Tonnen), wovon 41 402 683 Tonnen (i. B. 42 160 512 Tonnen) abgesetzt wurden. Die Zahl der in Preußen betriebenen Braunkohlenwerke betrug 378 (i. B. 380) mit einer Förderung von 27 481 551 Tonnen (24 339 863 Tonnen) und 20 691 503 Tonnen (i. B. 18 877 335 Tonnen) Abfah. Die Belegschaft stellte sich auf 48 992 Mann (i. B. 41 017).

**Kapitalistische Entlohnung.** Die Standard Oil Company gewährt im letzten Geschäftsjahre eine Dividende von 48 Proz.; Rockefeller, der im Besitz von 40 Proz. der Aktien ist, erhält einen Dividendenanteil von 1 920 000 Dollar.

**Ein internationales Kartell der Spiegelglas-Erzeugung** wird von Nordamerika aus geplant. Der dort bestehende Trust erreicht bereits eine Produktion, die den Bedarf Nordamerikas noch um ein Fünftel übersteigt. Der neue Kartellvertrag soll die Spiegelglas-Erzeugung und Verwertung Nordamerikas, Deutschlands, Rußlands, Frankreichs und in weiterer Folge auch Englands regeln. In Belgien ist man dem Plan sehr angethan. Das Unternehmen beweist wieder, wie die Amerikaner bemüht sind, den Wettbewerb mit den europäischen Staaten aufzunehmen und wie man von dort den gewöhnlichsten Spekulationen auf dem Gebiete der Trustbildungen nachgeht.

**Bei dem städtischen Arbeitsnachweis in Kopenhagen** meldeten sich in dem am 30. September beendeten ersten Vierteljahre seines Bestehens 9908 Arbeitsjuchende (8514 männliche und 3294 weibliche), und nur 4305 (2269 männlichen und 2036 weiblichen) konnte Arbeit angewiesen werden. Arbeitgeber wandten sich 3907 an den Arbeitsnachweis, von denen 3289 zufriedengestellt werden konnten. Um die Ermittlung von Arbeitskräften nach außerhalb zu erleichtern, hat der Arbeitsnachweis ein Uebereinkommen mit den dänischen Staatsbahnen getroffen, wonach den Arbeitern, denen Arbeit nach außerhalb angewiesen wird, die Fahrkarte auf Veranlassung vom Arbeitsnachweis angehängt wird und später dem Arbeitgeber in Rechnung gestellt wird. — Es finden Erwägungen statt zur Herbeiführung eines Uebereinkommens mit den städtischen Arbeitsnachweisen der Nachbarländer, speziell Norwegens und Schwedens.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Achtung, sechster Wahlkreis!** Den Genossinnen und Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 10. d. M., abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23, eine Versammlung stattfindet, in welcher Genosse Kaliski über Frauenrecht sprechen wird. Nach der Versammlung gesellschaftliches Beisammensein. Ihre rege Beteiligung bittet Die Vertrauensperson.

**Ueber den Wucherzoll und die Interessen der Frauen** an der Postfrage wird Frau Jettin am Dienstag, den 10. November, in einer bei Lipps Am Friedrichshain stattfindenden Volksversammlung sprechen.

**Wilmerdorf.** Die Parteigenossen werden ersucht, am Sonntag, den 10. d. M., morgens früh 7 Uhr, zur Flugblattverteilung zu den Gemeindevorwahlen in folgenden Lokalen zu erscheinen: 1. und 2. Bezirk bei Mohr, Pariserstr. 55; 3., 4., 5. Bezirk bei Witte, Berlinerstr. 40; 6. Bezirk bei Andross, Bruchsalstr. 14; 7. Bezirk Halensee bei Hilpert, Kurfürstendam 126.

**Lichtenberg.** Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Montag, abends 8 Uhr, eine Flugblatt-Verbreitung zu der am Dienstag stattfindenden öffentlichen Versammlung stattfinden wird. Zu hoffen ist, daß die Beteiligung an dieser praktischen Arbeit eine etwas regere ist, wie bei der vorigen Verbreitung. Die Tagesordnung der öffentlichen Versammlung ist von höchster Wichtigkeit sowohl für die im Ort wohnenden, als auch für die in Lichtenberg arbeitenden Arbeiter. Es spricht der Reichstags-Abgeordnete Zupauer über „Gewerbeverträge“. Ferner wird zur nahe bevorstehenden Wahl ein Wahlkomitee gewählt; auch soll die Aufstellung der Kandidaten geregelt werden.

**Spandauer Stadtverordnetenwahl.** Die Parteigenossen werden nochmals dringend ersucht, sich an der morgen stattfindenden Flugblattverbreitung recht zahlreich zu beteiligen und morgens um 7 1/2 Uhr pünktlich in den bekannten Lokalen sich zu melden. Es gilt einen heißen Kampf gegen einen verschlagenen Gegner zu führen, der uns mit allen schamlosen Mitteln belämpft, da darf kein organisiert Arbeiter seine Mitarbeit an der Flugblattverbreitung verweigern!

**Weißensee.** Die Parteigenossen werden ersucht, am Sonntag zur Halenderverbreitung früh 7 1/2 Uhr bei Garp, Lehderstr. 5, zahlreich zu erscheinen.

**Friedrichsfelde.** Allen Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 10. d. M., Kalenderverbreitung stattfindet. Wir bitten sich recht zahlreich den Bezirksführern zur Verfügung zu stellen. Die Bezirksführer können die Kalender Sonnabendabend 8 1/2 Uhr bei Lohse, Luisenstraße, in Empfang zu nehmen. Der Vertrauensmann.

## Kokales.

### Zur Belenchtung des Ergebnisses der Stadtverordneten-Wahlen.

Die Niederlage der bürgerlichen Parteien bei den diesjährigen Stadtverordneten-Wahlen tritt erst in ihrer ganzen Größe hervor, wenn man die von ihnen erzielten Stimmengahlen mit denjenigen vergleicht, die sie in denselben Bezirken noch 1896 bzw. 1899 zu erreichen vermocht hatten. Daß auch das Jahr 1895 trotz der inzwischen erfolgten Reueinteilung der Wahlbezirke noch zur Vergleichung herangezogen werden kann, haben wir bereits bei unsrer Besprechung der von der Arbeiterpartei erzielten Stimmengahlen gezeigt. Wie werden uns ferner bezüglich der bürgerlichen Parteien auf eine Betrachtung nur derjenigen Bezirke beschränken, in denen sie einen Sieg errungen oder doch ernsthaft um den Sieg gekämpft haben. Man wird uns also zugeben, daß wir bestrebt sind, unsren Gegnern volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Die Freisinnigen haben sich nur noch in den Bezirken 4, 29 und 41 behaupten können. Bezirk 4 deckt sich ziemlich mit dem früheren Bezirk 7. Von 1895 bis 1901 sank die Wählerzahl von 4541 auf 4417, stieg aber die Stimmengahl von 1104 auf 1149, speziell die Zahl der freisinnigen Stimmen von 709 auf 810. Der Freisinn stieg demnach von 70 Proz. aller Stimmen auf 71 Proz. Wir geben überall abgerundete Prozentzahlen. Die genannten sind in diesem Falle 69,7 Proz. und 70,5 Proz.) und von 17 Proz. aller Wähler auf 18 Proz. Diesem Zuwachs an freisinnigen Stimmen steht also gegenüber eine Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen von 119 auf 336, d. h. von 11 Proz. aller Stimmen auf 29 Proz., von 3 Proz. aller Wähler auf 8 Proz. Die Sozialdemokratie hat also auch hier begonnen, dem Freisinn auf den Leib zu rücken. Angesehen ist diesmal die „Bürgerpartei“, die vor 6 Jahren hier noch über 215 Stimmen verfügte, d. h. 19 Proz. aller Stimmen, 5 Proz. aller Wähler. Sie dürfte diesmal zum Teil für den Freisinnigen eingetreten sein, so daß dieser bei Lichte besehen keinen Fortschritt, sondern einen Rückschritt gehabt hätte. Der 29. Bezirk deckt sich fast ganz mit dem alten Bezirk 30. Hier vermehrten sich die Wähler von 5352 auf 5874, die Stimmen von 1711 auf 2218, die freisinnigen Stimmen von 1118 auf 1192. Trotz absoluten Stimmengewinnes blieb hier der Freisinn zurück von 65 Proz. aller Stimmen auf 54 Proz., von 21 Proz. aller Wähler auf 20 Proz. (genauer von 20,9 Proz. auf 20,3 Proz.). Die Arbeiterpartei aber rückte vor von 318 Stimmen auf 931, d. h. von 18 Proz. aller Stimmen auf 42 Proz. (i. von 6 Proz. der Wähler auf 16 Proz. — ein solcher „Sieg“ und der Freisinn ist auch in diesem Bezirk verloren! Der 41. Bezirk fällt ziemlich mit dem alten Bezirk 39 zusammen. Er hatte eine Vermehrung der Wähler von 5093 auf 5499, der Stimmen von 1444 auf 1614, der freisinnigen

Stimmen von 878 auf 1003. Der Freisinn stieg von 61 Proz. aller Stimmen auf 68 Proz., von 17 Proz. der Wähler auf 20 Proz. Ob den Freisinnigen der Trost, den ihnen dieser einzige Bezirk gewährt, genügen wird? Die Sozialdemokratie ist übrigens auch hier verhältnismäßig viel stärker vorgerückt als der Freisinn, nämlich von 126 Stimmen auf 849, d. h. von 9 Proz. aller Stimmen auf 22 Proz., von 2 Proz. aller Wähler auf 6 Proz. Im 22. Bezirk, der sich fast ganz mit dem früheren Bezirk 27 deckt, ist die Wählerzahl von 5432 auf 5548 und die Stimmengahl von 1872 auf 2219 gestiegen, aber der Freisinn ist, obwohl er hier eine äußerst rege Agitation entfaltet hatte, von 818 auf 529 Stimmen zurückgegangen, das heißt von 44 Proz. aller Stimmen auf 24 Proz., von 15 Proz. der Wähler auf 10 Proz. Schon 1895 konnte der Bezirk von den Freisinnigen nur in der Stichwahl und zwar mit Hilfe der Antisemiten behauptet werden. Es ist jetzt verdienstlos von der Arbeiterpartei gewonnen worden, die von 910 Stimmen auf 1645 vorgerückt ist, von 49 Proz. der Stimmen auf 74 Proz., von 17 Proz. der Wähler auf 30 Proz. Trotz eifrigster Agitation verloren hat der Freisinn auch den 11. Bezirk, der ungefähr mit dem alten 15. Bezirk zusammenfällt. Hier stieg die Wählerzahl von 3858 auf 5008, die Stimmengahl von 1790 auf 2409, dagegen sank die Zahl der freisinnigen Stimmen von 942 auf 778. Das bedeutet für den Freisinn einen Rückgang von 58 Proz. aller Stimmen auf 32 Proz., von 24 Proz. der Wähler auf 16 Proz. Die Arbeiterpartei, die diesen Bezirk erobert hat, hat eine Vermehrung von 828 Stimmen auf 1690, von 46 Proz. der Stimmen auf 68 Proz., von 21 Proz. der Wähler auf 34 Proz.

So sieht es mit den „Erfolgen“ des Freisinnes da aus, wo er all seine Kraft eingesetzt hat. Ueber diejenigen Bezirke, in denen er hoffnungslos und ehrenhalber sich noch einmal an Wahlkämpfe beteiligte, wollen wir weiter kein Wort verlieren. Schweigen wollen wir auch über die konservativ-antisemitische „Bürgerpartei“, die fast überall, wo sie nicht den Freisinn unterstützte, sondern noch eigene Kandidaten aufgestellt hatte, elend zusammengebrochen ist. Nur im 45. Bezirk hat sie noch einen Stimmengewinn erhalten, offenbar durch freisinnige Ueberläufer, die das für den Freisinn ja doch unerreichte Mandat weißtens der „Bürgerpartei“ erhalten wissen wollten. Der Versuch ist mißglückt; auch dieses Mandat hat die Arbeiterpartei erobert. Auf die gleichfalls unterlegene „Mietpartei“, die der „Bürgerpartei“ nach Art der Zusammensetzung ihrer Anhänger sehr nahe steht, werden wir vielleicht noch zurückkommen.

**Die Stadtverordneten-Wahlen der zweiten Abteilung** haben gestern unter etwas lebhafterer Beteiligung als in früheren Jahren stattgefunden. Einmal erregte die Angelegenheit Jacobi Interesse, und dann mochte auch der Umstand, daß unser Parteigenosse Singer als Kandidat aufgestellt war, ein bißchen Leben in die Gesellschaft gebracht haben. In Sachen Jacobi waren bereits am Morgen Flugblätter an die Wähler gesandt worden. So hatten die unbedeutenden Kommunalbeamten des 1. Kommunal-Wahlbezirkes ein solches herausgegeben, in welchem sie sich in schärfster Form gegen die „einschüchternde Wahlmacht von gewisser Seite“ verwahren und die Wähler bitten, für den unabhängigen Rechtsanwalt Wieber einzutreten. Beide Parteien waren vorzüglich organisiert und bereits um 11 Uhr vormittags begann von den Propagandabureaus der Schlepperdienste. Außer Rechtsanwalt Wieber und Jacobi war auch von der Bürgerpartei als Kandidat Herr Rechtsanwalt Martin Heimbach aufgestellt, der den Wählern als „religiös gesinnter Monarchist“ empfohlen wurde.

Aber Herr Jacobi blieb schließlich Sieger, wenn er auch von seinem Gegner hart bedrängt wurde. Von 1140 Wählern im ersten Kommunal-Wahlbezirk haben 558 ihre Stimme ab. Es fielen auf Jacobi 298, auf Wieber 202, auf den „Monarchisten“ Rechtsanwalt Heimbach 87 und auf Singer 3 Stimmen.

Im ganzen wurden in allen 16 Wahlbezirken für Singer 83 Stimmen abgegeben. Das ist gewiß wenig, wenn man in Betracht zieht, daß von den 27 484 eingeschriebenen Wählern der zweiten Klasse 12 784 ihre Stimme abgaben. Aber immerhin zeigt dies Resultat, daß selbst in der besitzenden Klasse eine immerhin merkbare Anzahl Parteigenossen vorhanden sind. Im 11. Bezirk brachte Singer es auf 18 Stimmen, im 14. auf 11 Stimmen. Erwähnt sei noch, daß auf die konservativen Kandidaten insgesamt 2184 Stimmen fielen.

Bei diesen Wahlen ist der Verfall der einzelnen Stadtverordneten-Fraktion fast völlig gewahrt worden. Die beiden Parteien der Linken haben je ein Mandat gewonnen, die Alte Linke brachte es auf 8, die Neue Linke auf 7 Mandate, während die Freie Fraktion von ihren drei zur Wahl gestandenen Mandaten eines, und zwar das Lüdenische im 9. Kommunalwahlbezirk, an die Neue Linke verlor. Die Fraktion der Neuen Linken gab dagegen den 7. Bezirk, in welchem Wählern bisher Stadtverordneter gewesen, an die Alte Linke ab, während sie den 11. Kommunalwahlbezirk, das Folsche Mandat, an die Neue Linke verlor. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 45 Proz. der eingeschriebenen Wähler.

Es wurden gewählt gestern im 1. Kommunal-Wahlbezirk, wie schon erwähnt Jacobi (Alte Linke), im 2. Bezirk Rechtsanwalt Ladevitz (Neue Linke), im 3. Bezirk Kaufmann Pasquel (N. L.), im 4. Bezirk Kaufmann Schulze (N. L.), im 5. Bezirk Fabrikant Wisjale (N. L.), im 6. Bezirk Redacteur Perls (N. L.) (mit 511 Stimmen gegen 295 Bürgerparteiliche), im 7. Bezirk Kneipenmeister Berger, im 7. Bezirk (Erfolgswahl Kaufmann Liebenow, im 8. Bezirk Fabrikbesitzer Reimann (N. L.), im 9. Bezirk Redacteur Goldschmidt (N. L.) (mit 508 Stimmen gegen den Hausbesitzer-Kandidaten Perkon, auf den 502 Stimmen fielen), im 10. Bezirk Fabrikant Mentel (N. L.), im 11. Bezirk Bäckermeister Gemeinhardt (N. L.), im 12. Bezirk Großdeputatent Rog Schulz (N. L.), im 13. Bezirk Kaufmann Kunge (N. L.), im 14. Bezirk Rentier Kuntz (N. L.), im 15. Bezirk Dr. Wätow, im 16. Bezirk Ingenieur Buchow.

In Charlottenburg fand ebenfalls die Laubi zweiter Abteilung statt. Die Namen der dort Gewählten lauten: Wula (W.-Charlottenburg), Scholz (Kartell), Dr. Bauer (N.-Ch.), Cornelius (Freie Vereinigung), Justizrat Rosenburg (F. Vg.), Verneuy (N.-Ch.), Sommer, (N.-Ch.), Gleim (F. Vg.), Bruns (F. Vg.).

**Zur Stadtbahnfrage** äußert sich eine Mitteilung in der offiziellen „Nord. Allg. Ztg.“, in der zunächst das Gerichtsamt behandelt wird, das gegen den Eisenbahnstiftungs auf Rückzahlung des Fahrgeldes an eine Person erkannt hat, welche in einem überfüllten Coups fahren mußte. Das offizielle Blatt sucht darzutun, daß eine Kontrolle zu dem Zweck, nur so viele Personen in Eisenbahnwagen zu befördern, als Plätze vorhanden sind, entweder gar nicht

der doch nur unter ganz erheblichem Zeitverlust, der eine Verabreichung der Leistungsfähigkeit mit sich brächte, im Betriebe der Stadt- und Ringbahn z. B. durchzuführen sei. Wir für unser Teil geben gern zu, daß bei dem gegenwärtigen Betriebssystem an Sonn- und Festtagen wie auch an Wochentagen zu gewissen Tagesstunden der leidige Umstand der Ueberfüllung vom Publikum wohl oder übel mit in den Kauf genommen werden muß und eine Verbesserung nach den Prinzipien des Pöfelschlosses von recht vielen Leuten immer noch einem Ausfluß von der Beförderung vorgezogen wird. Aus diesem Grunde trugen wir dem auch sehr oft Bedenken, in die bekannten Magelieder der bürgerlichen Presse einzustimmen.

Leider läßt die offizielle Rechtfertigung sich nicht darüber aus, ob an eine Verbesserung des Betriebssystems gedacht wird. Es kamen da ja mancherlei Vorschläge aus Licht, u. a. wurde berechnet, daß der elektrische Betrieb die Leistungsfähigkeit der Stadtbahn ganz erheblich erhöhen würde.

Wesentlich glaubt der sparsame Herr v. Thielen aber von einer solchen kostspieligen Maßnahme unter Hinweis auf die Thatsache absehen zu müssen, daß wesentlich infolge des Bespitzungs-Tarifs im Straßenbahnbetriebe die Frequenz der Stadt- und Ringbahn im ganzen merklich abgenommen hat.

Man läßt sich ja gewiß eine solche Umwälzung im öffentlichen Verkehr nicht aus dem Kernes schütteln. Aber eine ganz wunderliche Auffassung gehört dazu, unter den vorliegenden Umständen gleichzeitig die Forderung auf eine zeitgemäße Verbilligung der Fahrpreise als unzulässig hinzustellen. Bekanntlich haben wir darauf hingewiesen, daß eine Fahrt in der Stadt- und Ringbahn oft doppelt und dreifach so teuer kommt wie die Beförderung mit der Straßenbahn auf einer gleich langen Strecke. Eine Ermäßigung der Fahrpreise würde den Rückgang im Verkehr bald wieder ausgleichen. Hieraus entgegnet die Erklärung in dem offiziellen Blatt nun folgendes:

Auf derartige Wünsche wird, wie wir vermuten, die Eisenbahn-Verwaltung allerdings scharflich eingehen. Sie würde ihre Aufgabe verkennen, wenn sie mit den städtischen (!) Verkehrsmitteln, denen die Pflege des öffentlichen Verkehrs in erster Linie zukommt, in Wettbewerb treten wollte.

Ja, so! Wenn der Stadtbahnbetrieb von dem Gesichtspunkte aus geleitet werden soll, daß der Fiskus beileibe der offenbar ins Auge gefaßten „Großen Berliner“ keine Konkurrenz machen dürfe, dann erklärte sich mancher, wozu neuerdings das Publikum den Kopf geschüttelt hat. Dann könnte man ja noch einen Schritt weiter gehen und zu Gunsten der Großen Berliner die Fahrpreise im Stadtbahn-Verkehr ein bißchen erhöhen. Nach Offenbarung eines solchen Grundgedankes müssen wir die anfänglich gehegte Ansicht, daß es sich bei der im offiziellen Blatt veröffentlichten Zuschrift um eine Auflösung der Eisenbahn-Verhältnisse handle, wieder aufgeben. Nicht der Minister Thielen, sondern der Straßenbahn-Direktor Wiede wird der Einsender der Zuschrift gewesen sein.

**Wohnungs-Polizeiverordnung.** Unsere Genossen hatten in der letzten Stadtverordneten-Sitzung zur „Wohnungsfrage“ auch den Antrag gestellt:

„mit dem königlichen Polizeipräsidenten in Verbindung zu treten, um den Erlaß einer Polizeiverordnung, durch welche hygienische Minimalforderungen für Wohnräume vorgeschrieben werden, und Anstellung von Wohnungsinpektoren herbeizuführen.“

Auch dieser Antrag fand natürlich bei den „liberalen“ Hausagrarern keine Gnade; dieselben haben es vielmehr von ihrem liberalen Standpunkte als unerschütterlich an, daß gerade Socialdemokraten noch mehr Polizei verlangen, und sie waren sehr erstaunt, als ihnen Genosse Hermann erwiderte, daß leider bei der Polizei bisweilen mehr sociales Verständnis zu finden sei, als bei den „freisinnigen“ Organen der Selbstverwaltung. Jetzt hat im Auftrage der socialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion Genosse Freudenberg, welcher Mitglied der „Sanitätskommission“ ist, den Polizeipräsidenten als Vorsitzenden dieser Kommission um Einberufung einer Sitzung ersucht zur Beratung des Antrags:

„Die Sanitätskommission ersucht den Herrn Polizeipräsidenten, eine Polizeiverordnung über die Beschaffenheit und Benutzung von Wohnungen“ nach dem Muster der Düsseldorf'schen Polizeiverordnung vom 21. XI. 1896/97, V. 1898 zu erlassen.“

Die in dem Antrag erwähnte Düsseldorf'sche Polizeiverordnung hat zum Vater den damaligen Regierungspräsidenten, jetzigen Finanzminister v. Rheinbaben. Sie bestimmt in ihrem § 1, daß niemand in Wohnungen einziehen oder eine Familie zur Miete oder Asterniete aufnehmen darf, „sobald diese Wohnungen polizeilich als zum Wohnen ungeeignet, oder als überfüllt bezeichnet worden sind.“ Schon dadurch, daß diese Verordnung die bisherigen Bestimmungen aller, auch der „ungeeigneten“ und „überfüllten“ Wohnungen unberührt läßt und nur das Weitervermeiden solcher Wohnungen verbietet, wird der häufig gegen Wohnungs-Polizeiverordnungen erhobene Vorwurf entkräftet, daß dieselben nur die Wohnungsnot noch mehr steigern. Ferner sind die in den §§ 2 und 3 der Verordnung aufgestellten Forderungen inhaltlich eben höchstens die im Interesse der Hygiene unabwieslichen Mindestforderungen; so wird z. B. im § 3 Absatz 1 pro Kopf der über 10 Jahre alten Bewohner nur ein Mindestluftstrom von 10 Kubikmeter gefordert, während nach den Lehren der Hygiene mindestens 16 Kubikmeter zu verlangen wären usw. Immerhin würde selbst eine solche Verordnung unter unsern heutigen Verhältnissen schon einen gewissen Fortschritt bedeuten.

**Erneute Freundschaft.** Beim Kommerzienrat Lechner in der Schützenstraße hat wiederum ein jener Feste stattgefunden, über die nach erfolgter Aukulturation in einer gewissen Presse großer Schmutz erhoben wird. Was diesmal der Anlaß zu der als Reklame benutzten Feste gewesen ist, wissen wir nicht, und es dürfte auch ziemlich gleichgültig sein. Wie es aber mit der Berichterstattung darüber bestellt ist, das möge eine kleine, einem hiesigen Blatt entnommene Skizze zeigen, die noch aus einem besondern Grunde hervortretend interessant ist:

„Mit anderleiendem Geschmaack waren die schönen Empfangsräume des Leipziger Hauses zur Feier des Tages geschmückt. Hunderte elektrischer Glühlampen veränderten ihr ruhiges milde Licht durch die festlichen, in reichem Blumenschmuck prangenden Räume, wo sich um die 10. Abendstunde eine ausserordentliche Gesellschaft versammelte. Ernste und heitere Reden wirkten das Wohl, das in dem in eine Laube von Flieder- und Apfel- und Pfirsichblüten verwandelten Speisesaal eingenommen wurde.“

Das Blatt, welches diesen von unigen Vorgesetzten jenseitigen Bericht bringt, ist die „Vossische Zeitung“, und besonders interessant ist der Bericht deswegen, weil Herr Lechner es bei früherer Gelegenheit einmal mit dem Festberichterstatteter dieses Blattes gründlich verbrochen hat. Damals, im Februar 1897, hatte der Kommerzienrat der Einladung an den Berichterstatter einen Tausendmarktschein beigelegt und das war dem Journalisten so unangenehm gewesen, daß er das Geld wieder zurückschickte und dem Fest fernblieb. Inzwischen muß Herr Lechner sich mit dem Mann von der „Vossischen Zeitung“ wohl wieder vertragen haben!

**Die ordentlichen Immatrikulationen** an der Berliner Universität haben nunmehr ihr Ende erreicht. Es sind im ganzen 2780 Studenten neu eingeschrieben worden. Einige Hundert kommen noch in den außerordentlichen Immatrikulationen hinzu, so daß sich die Gesamtzahl der neuen akademischen Bürger auf mehr als 3000 belaufen wird.

**Die elektrischen Versuchszüge** auf der Militärbahn sind jetzt bereits zu einer Geschwindigkeit von 150 Kilometer in der Stunde übergegangen. Damit ist eine Fahrgeschwindigkeit erreicht, welche im gesamten Eisenbahnverkehr einzig dasteht. Interessant ist unter den verschiedenartigen Messungen, welche bei diesem Versuchsbetriebe gemacht werden, die Feststellung, daß der Luftdruck bei der enormen Geschwindigkeit gar nicht so bedeutend ist, wie man anzunehmen geneigt ist: das am Kopfe des Motorwagens angebrachte Manometer zeigte nur eine Stärke des Luftdrucks von 134 Milligramm pro Quadratmeter. Dieser Druck entspricht einem

zwar starken Windzug, der dem Menschen aber nicht gerade untraglich ist; im Inneren des Wagens ist davon gar nichts zu spüren. Natürlich bieten diese Schnellfahrversuche auch reichlich Gelegenheit zu andern wertvollen Feststellungen, insbesondere über die Leistungsfähigkeit der Elektromotoren bei Anwendung so hochgespannter Ströme und die Wirtschaftlichkeit des elektrischen Schnellbetriebes überhaupt, die Abnutzung des Materials zc. Eine weitere Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit dürfte, wie wir hören, vorläufig nicht in Aussicht genommen werden können, da man sich damit immer mehr der Gefahrenzone nähern würde.

**Die Kredit-Schwinder Joseph und Genossen.** Als Viertel im Grunde der bereits genannten drei schätigen Kredit-Schwinder Joseph und Genossen ist nunmehr auch der Zahnarzt Schariot aus Berlin verschwunden. Die fortgesetzte Untersuchung bringt fast täglich neue Enthüllungen über das Treiben der drei Zahnärzte, denn auch Jakob und Dr. med. Joseph gehörten diesem Verufe an, und des Arztes Gutermann. Auf den Namen des Dr. Gutermann, in dessen Hause Dr. Joseph, der früher Assistent eines hiesigen Hofzahnarztes war, wohnte, kauften die Verbündeten alles Mögliche auf Kredit. Ein hiesiger Leinwandhändler lieferte für 1800 M. Ware, Möbel- und Fahrradhandlungen, Juweliers, Wagenbau- und Pferdehändler gehören zu den Opfern des Schwinderlebenslaufs und haben namhafte Verluste zu verzeichnen. Die gekauften Waren wurden nach der Klinik des Dr. Gutermann geschickt, von dort aus verlehrt oder nach dem Auslande abgeschoben. Diese Schwinderleien wurden monatelang durchgeführt, und es konnte dies um so mannsfähiger geschehen, als Wechsel auf den Namen des Dr. Gutermann die etwa ungeduldeten Gläubiger beruhigten. Da einer der Wechsel jetzt fällig war, so mußte natürlich der ganze Schwindel entdeckt werden, und unter diesen Umständen zogen es die vier Schwinder vor, schleunigst aus Berlin zu verschwinden. Um jedoch ihre Reismittel zu ergänzen, kauften sie vorher in verschiedenen Geschäften Posten von zahnärztlichen Apparaten usw., natürlich auf Kredit.

**Durch einen Sturz von der Treppe tödlich verunglückt** ist gestern Abend der 44 Jahre alte Former Hermann Lubbe aus der Kunitzstraße 25. Lubbe hatte in der letzten Zeit bei dem faulen Geschäft in seinem Verne keine Arbeit mehr und suchte sich als Bauarbeiter so gut als möglich durchzuschlagen. Am Montag hatte er das Unglück, am Gasseisen über von einem Laufbrett zu fallen, das etwas wackelig auf Cementtönen lag. Obwohl äußere Verletzungen gar nicht zu sehen waren, klagte er seitdem doch über Ohrendmerzen und Schwindel im Kopf, arbeitete aber weiter. Gestern Abend kam er um 10 Uhr auf eine halbe Stunde in die im Hause Kunitzstraße 25 gelegene Restauration von Schöller herunter und trank zwei Glas Bier. Dann verließ er die Wirtschaft, um seine im dritten Stock gelegene Wohnung aufzusuchen. Als eine Viertelstunde später Frau Schöller auch in ihre im selben Stock liegende Wohnung hinaufgehen wollte, fand sie Lubbe in einer großen Wulstade unten an der Treppe im Hausflur liegen. Das Blut war dem Verunglückten aus Mund, Nase und Ohren hervorgequollen. Lubbe, der wahrnehmlich infolge eines Schwindelanfalls rüchlings die Treppe hinabgestürzt war, gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich und starb in seiner Wohnung nach kurzer Zeit unter den Händen zweier Ärzte. Die Leiche wurde beauftragt. Der Verunglückte war verheiratet und Vater von vier Kindern im Alter von 11 bis 18 Jahren.

**Fleischdiebstähle.** Eine weit verzweigte Einbrecher- und Hehlerbande, bestehend aus Fleischergehilfen, mehreren kleineren Gastwirten und Händlern, ist von der Kriminalpolizei festgenommen worden. Im Norden und Osten Berlins, in Weihensee und Charlottenburg waren eine Reihe größerer Einbruchdiebstähle in Schlächtereien verübt worden. Als Täter konnten nur Schlächter in Betracht kommen, die mit den Geschäftsräumen der Bestochenen und mit dem Absatz der Waren Bescheid wußten. Die Nachforschungen waren lange ohne Erfolg, bis kürzlich vier Schlächter in Neu-Weihensee beim Fortschaffen gestohlenen Fleischstücke überrascht wurden.

**Ein größerer Fabrikbrand** kam gestern früh in der Seifenfabrik von A. Pallas in der Wittenwaderstraße 6 zum Ausbruch. Gegen 4 Uhr nachts merkten Nachbarn, daß Flammen durch die Fenster des einstöckigen Kesselhauses auf dem zweiten Hofe schlugen, die zugleich die ganze Umgebung in dichten Rauch hüllten. Die Feuerwehr war bald in mehreren Zügen zur Stelle und suchte in erster Linie das an dem Brandherd anstoßende große Fabrikgebäude zu halten. Nachdem das Dach an mehreren Stellen eingeschlagen war, konnte der Brand wirksam angegriffen und auf das Kesselhaus beschränkt werden.

**Ein Familiendrama** hat sich in der Nacht zu gestern in Reinickendorf in der Wohnung des Arbeiters Fabian, Residenzstraße 118, abgepielt. Fabian, der in trunkenem Zustande nach Hause kam, verübte seine Frau zu erschlagen. Sie rettete sich durch einen Sprung aus dem Fenster, wobei sie sich äußerst schwere Verletzungen zuzog. Fabian, der sich selbst mehrere Verletzungen beigebracht hatte, wurde von Hausbewohnern festgenommen und nach dem Reinickendorfer Amtsgefängnis gebracht. Ueber die Einzelheiten des Vorganges wird folgendes berichtet: Fabian galt bei den Hausbewohnern als ein ruhiger und fleißiger Mann. Er ist etwa 30 Jahre alt und lebte bisher mit seiner Frau stets im Frieden. Als er in der letzten Nacht im ausgetrunkenen Zustande nach Hause kam, fing er mit seiner Frau Streit an und schlug alle Wirtschaftsgegenstände kurz und klein. Darauf ergriff er ein Küchenmesser und ging mit diesem auf seine Frau los. Frau Fabian öffnete das Fenster der im ersten Stock belegenen Wohnung und stürzte sich hilflos auf den Hof. Hier blieb sie bewußtlos liegen. Sie hatte sich eine schwere Rückenverletzung und einen Bruch des rechten Beins zugezogen. Der Mann tobte indessen in der Wohnung weiter und bedrohte auch die beiden vier und fünf Jahre alten Kinder mit dem Messer. Inzwischen waren die Nachbarn auf das Geschrei der Frau und der Kinder herbeigeeilt. Sie hielten den Wüterich von den Kindern zurück. Fabian eilte nun nach dem Hofe, wo seine Frau blutüberströmt am Boden lag. Sofort wurde ein Arzt aus der Nähe geholt. Während er der Frau einen Verband anlegte, verübte Fabian ihn davon zurückzuhalten und begann gegen ihn tätlich zu werden. Auch auf den Nachtwächter, der zur Hilfe herbeigerufen war, wollte Fabian losgehen. Als er sah, daß er nichts ausrichten konnte, brach er sich mit dem Küchenmesser mehrere Stiche in die Brust bei, die indessen nicht lebensgefährlich sind. Er wurde verbunden und in das Reinickendorfer Amtsgefängnis übergeführt. Die schwer verletzte Frau Fabian wurde in das Lazarus-Krankenhaus geschafft. Die Wohnung der Fabianischen Eheleute ist geschloffen. Die beiden kleinen Kinder sind bei Nachbarn untergebracht worden. Fabian wird der Staatsanwaltschaft des Landgerichts II vorgeführt werden.

**Auf der Treppe - Sternwarte** spricht Direktor Krakenhold am Sonntagmorgen um 5 Uhr über: „Jupiter und Saturn“ um 7 Uhr abends über: „Die morgige Sonnenfinsternis“. Die Treppe - Sternwarte wird schon am Montag, den 11. November, um 7 Uhr morgens geöffnet. Nach der Sonnenfinsternis um 1/9 Uhr findet ein Vortrag über: „Sonne und Mondfinsternisse“ statt.

**Aus den Nachbarorten.**

**Neu-Weihensee.** Dem Gemeindevorstand ist der folgende Antrag der Gemeindeverordneten Verleenderger und Genossen (Soz.) zugegangen: „Der Gemeindevertretung ist baldmöglichst ein Ortsstatut zur Beratung resp. Genehmigung vorzulegen, in welchem in Gemäßheit des Krankenversicherungs-Gesetzes die Krankenversicherungspflicht auf alle in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ausgedehnt wird.“ Vorlesender Antrag ist namentlich angeht die Thatsache, daß das Unternehmertum Berlins mit Vorliebe Arbeiter und Arbeiterinnen aus den Vororten in der Hausindustrie beschäftigt, von der allergrößten Wichtigkeit. Es wird sich zeigen, ob die bürgerliche Mehrheit der Gemeindevertretung durch Ablehnung dieses Antrages ihre rückständigen Anschauungen in socialpolitischer Beziehung aufs neue zum Ausdruck bringt.

**Eine Geisteslosigkeit** ohnegleichen mit dem Schlächter Niedbaloff in der Rummelsburgerstr. 69 zu Lichtenberg nachgesagt werden. Dieser Tage hat in dem Laden des Niedbaloff die Gattung eines Fleischbeschners Rindfleisch und Knochen gekauft. Das aus dem ersten Stück als vollständig verdorben erkannte und mit Tuberkeln massenhaft durchsetzte Fleisch konnte nur von einem hochgradig kranken Rinde stammen. Bei der sofort vorgenommenen außerordentlichen Fleischschau stellte sich heraus, daß Fleisch und Knochen im Gesamtgewicht von 150 Pfund zur Wurstbereitung in kleine Stücke gehauen waren, daß dies Fleisch süßlich und wässrig war und haufenweise Tuberkeln aufwies. Das Knochenmark stimmte mit dem von der Dame gekauften überein. Die Polizei ließ den vorgefundenen Vorrat sofort der Abdeckeri übergeben, während annähernd 50 Pfd. bereits den Weg ins Publikum gefunden hatten. Durch das rechtzeitige Eintreffen der Revolutionsbeamten konnte festgestellt werden, daß das Rind, welches N. von dem Engroschlächter August Hiller in der Oberstr. 5 gekauft haben will, nicht untersucht und nicht gestempelt war.

**Der Grundstückswechsler.** Einen teuren Friedhof muß die Borgertgemeinde Rummelsburg erwerben. Sie ist genötigt, einen neuen Kirchhof anzulegen. Ein ihr angebotenes preiswertes Grundstück erklärte die Regierung für ungeeignet. Da nun der Gemeinde keine eignen passenden Ländereien zur Verfügung stehen, ist sie jetzt gezwungen, ein 10 Morgen umfassendes Gelände aus Privat Händen zu erwerben. Das Grundstück kostete vor zwölf Jahren 20 000 M., während die Gemeinde heute 100 000 M., also das Fünffache, bezahlen muß.

**Ein recht wertvolles Geschenk,** das für unsre Genossen ein vorzügliches Agitationsmaterial abgiebt, ist dem Spandauer Kreislauf in der Hige des Gefechts entschlüpft, indem er durch sein Leitwort, den „Kanzl. d. Havell.“ ausdrücklich zugesagt: daß die bürgerlichen (freisinnigen) Stadtverordneten im Spandauer Stadthaus deshalb „manchmal recht acceptable“ Vorschläge, so auch besonders in der Wohnungsfrage, haben unter den Tisch fallen lassen, weil sie von „jener Seite“ (gemeint sind unsre Genossen und im besonderen Genosse Niegler) gekommen sind, und weil eine ganze Reihe von Stadtverordneten mit „Herrn Niegler“ (?) nicht verhandeln wollten! Gegen Niegler, der den besondern Haß des biederen Philistertums auf sich geladen hat, richtet sich zur Zeit der hauptsächlichste Angriff des „freisinnigen“ und des konservativen Lokalblattes. Häufig die Motivierung des absolut unsozialen und durch und durch arbeiterfeindlichen Verhaltens des Kommunal-freisinnigen, der damit nur seinen Klassenstandpunkt und den nachsten Egoismus zu bemänteln sucht, so bitter ernst, man könnte über die verblüffende Beschränktheit in der gegnerischen Kampfweise lachen. Mit solchen phumpen Mitteln, die den Freisinn um den letzten Rest des Ansehens bei jedem denkenden Menschen bringen müssen und die ihn in seiner vollen Unmännlichkeit und Unrechtheit erscheinen lassen, bekämpft man uns. Unsre Genossen werden hieraus sicher keinen Schaden haben.

**Unter Zuziehung** des Landrats v. Stubenrauch und der Gemeindevorstände von Adlershof und Alt-Flieckende verhandelt gestern, Donnerstag, etwa zehn Kommissare aus dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten und der Eisenbahn-Direktion Berlin über einen Einspruch der Gemeinde Adlershof gegen die Verziehung der Linie des Teltower Kanals um 250 Meter nach Süden. Die Eisenbahn-Verwaltung stellt die letztere Forderung, weil die Schienenverbindung zwischen dem dortigen Hafen und dem Bahnhof sonst auf Schwierigkeiten stoßen würde. Die nahezu dreistündigen Verhandlungen, die zur Zurückziehung des Adlershofer Protokolls führten, waren noch von besonderer Bedeutung durch die im Auftrage des Ministers abgegebene Erklärung, daß auf eine Reihe von Jahren an einen Ausbau sowie an eine Überleitung der Görtiger Bahn nicht zu denken sei, da der Finanzminister hierzu keine Mittel bewillige. Lediglich die Strecke Görtiger Bahnhof—Johannisthal-Niederlehndorferweide, für welche die Vorarbeiten bereits ausgeführt seien, solle vorläufig zum Ausbau gelangen. Das sind schlechte Aussichten für die beteiligten Gemeinden.

**Mit dem Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichts für Rawow-Neuenhof** beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung die Gemeindevertretung in Rawow. Eine sehr gut besuchte Versammlung hatte sich vor einiger Zeit mit diesem Thema beschäftigt; es wurde dorthin von allen Seiten ganz energisch für das Zustandekommen eines solchen Gerichts gesprochen, auch wurden die Gemeindevorordneten beider Orte, Rawowes sowohl wie Neuenhofs aufgefordert, kräftig dafür einzutreten. Die Eröffnung dieses Gerichts wird uns möglich, wenn beide Orte die Notwendigkeit der Errichtung eines solchen anerkennen. In der Diskussion wurde vom Amtsvorsteher bezweifelt, daß dafür eine Notwendigkeit vorliege, da in Rawowes nur durchschnittlich 7-8 Klagenfälle zur Anzeige gelangt wären, während in Potsdam etwa 30 Fälle vorgekommen seien. Es wurde dem Herrn Amtsvorsteher entgegengehalten, daß infolge der Weislauffigkeit, die entsteht, wenn die Parteien sich mit dem Urteil des Amtsvorstehers nicht zufrieden geben und dann an das Potsdamer Amtsgericht müssen, die sich benachteiligt fühlenden Arbeiter lieber von einer Klage Abstand nehmen. Die Klagenfälle würden sich ganz sicher mehren, wenn ein solches Gericht da wäre, außerdem läme die Anzahl der Fälle in Neuenhof ja noch hinzu. Es wurde schließlich folgender Beschluß gefaßt: „Unter der Voraussetzung, daß auch Neuenhof für die Errichtung eines Gewerbegerichts stimmt, beschließt die Vertretung die Errichtung eines solchen.“

## Gerichts-Beilage.

**Hinderfufstraße 14.** Wintergartensterne leiteten gestern Meteorartig in eine vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelte Privatbeleidigungssache hinein, bei welcher die Witwe Seemann als Klägerin, die Frau Hoffmann-Waisson als Angeklagte figurirte. Der ersten stand Rechtsanwält Gabriel, der letzteren Rechtsanwält Morris zur Seite. Bei der Klage handelte es sich um Gehaltmissive des Hauses Hinderfufstraße 14. Frau Seemann, die seit dem Jahre 1882 von ihrem Gatten getrennt lebende Ehefrau des belagerten „ollen erblinden Seemanns“ bewohnte eine im dritten Stock belegene Wohnung des Hauses Hinderfufstraße 14 und vermietete vornehm möblierte Logis an „Kavaliers“, aber auch an große und kleine Sterne des Wintergartens. In dem Hause Hinderfufstraße 14 wohnten f. B. die Harrissons, ferner Zil. Valentine Petii, die Duberniers, Diane de Bries und viele andre mehr oder minder bescheidene Damen des Vreil. In demselben Hause wohnte aber auch Frau Hoffmann-Waisson, die mit Frau Seemann in Jwis gestanden war und nun Frau Seemann beleidigt haben soll. Sie soll nämlich gesagt haben, daß es in der Wohnung der Frau Seemann nachts ein- und ausgehe. Frau Seemann sah darin den Vorwurf der Kuppelerei, um so mehr, als auch in einem Zeitungsartikel es so dargestellt wurde, als ob die Wohnung der Frau S. einem Taubenschlag gleiche, zahlreiche Herren und Damen dort verkehrten, man offenbar dort hazardierte und dort bei schäumendem Sekt manche pilante Schächerstunde gefeiert würde. — Die Beklagte hatte einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angetreten und so wurden denn am gestern stundenlang vornehme adlige Herren und weniger vornehme junge Damen vernommen, welche die Behauptung der Angeklagten bekräftigen sollten, daß seit Jahren Damen, die mit der Lebenswelt in Verbindung stehen, Antisinnen, die unmöglich von dem Ertrage ihrer Tage ihren Lebensunterhalt bestreiten können zc. im Hause Hinderfufstraße 14 zu wohnen und dort auch Kavaliers zu empfangen pflegten. Frau Seemann bestritt dies energisch und behauptete, daß in ihren Räumen nichts Unrechtes vorgekommen sei, wenn auch die Damen hier und da wohl den Besuch eines oder mehrerer ihnen näher bekannten Herren empfangen und ab und zu in den Vandoirs der Damen wohl auch ein Glas Wein getrunken sein mag. Einige distinguierte Herren, die längere Zeit bei Frau S. gewohnt haben, gaben derselben das beste Zeugnis





**Aus der Frauenbewegung.**

**Jugendliteratur.**

Ueber Andersens Märchen sprach am Montag, den 4. Novbr. Herr Julius Bab im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Die großen sozialen Kämpfe der Zeit — so führte der Vortragende aus — haben in ihrem Gefolge auch das Streben geweckt, weite Schichten des Volkes mit einer tieferen geistigen und künstlerischen Bildung zu durchdringen; dazu aber sei es vor allem notwendig, schon von Kindheit auf den Geschmack für das künstlerische Gute heranzubilden, durch die Pflege einer wirklich wertvollen Jugendliteratur und die Verwertung dessen, was wahre Dichtkunst auf diesem Gebiete schon geschaffen, von früh an den kindlichen Geist zu befruchten. Für das Kind sei auch in dieser Hinsicht das Beste gerade gut genug. Nicht die Reife für die Jugend schreiben, der unfähig ist, für Erwachsene ein gutes und ernsthaftes Buch zu schaffen; ein Werk für die Jugend müsse vielmehr künstlerisch so wertvoll und geistig so reif sein, daß auch der Erwachsene es mit Freude lesen mag. Es erübrigt sich zu sagen, daß die meisten unserer sogenannten „Jugendbücher“ diesem Ideal auch nicht im entferntesten entsprechen; gewöhnlich sind es literarisch ganz wertlose Machwerke mit grob tendenziöser oder „moralischer“ Färbung. Man hat nun zunächst versucht, durch geeignete Auswahl der Literatur für Erwachsene den Kindern Besseres zu bieten; aber hier entsteht die Schwierigkeit, das herauszufinden, was auch dem jugendlichen Fassungsvermögen nahe liegt. Indes besitzen wir auch heute schon einen unvergleichbaren Quell der Phantasieerregung für das Kind in unserer reichen Märchenliteratur, deren ewiger Wert für die Befruchtung des jugendlichen Geistes noch lange nicht genug gewürdigt ist. Neben dem Volksmärchen, das mit seinen Häubchen, Focen und Kobolden direkt aus den alten Heldensagen erwuchs, steht hier ebenfalls das reine Dichtphantasie entproffene Kunstmärchen. Die tiefsten und herrlichsten Schöpfungen dieser Art hat uns der dänische Dichter Andersen gegeben, der in seinen bunte Märchengestalten ein schlichtes, humorvolles naives und doch unendlich tiefes und farbenreiches Bild der Welt erschaffen läßt. Andersens Märchen sind Schöpfungen echten Dichtergeistes, und darum kann sich das Kind wie der Erwachsene in gleicher Freude daran erquicken.

Der Vortragende ging nun auf die verschiedenen Arten Andersenscher Märchen ein, von den heiteren Geschichten, die alle Gegenstände um uns her in drollig heiterer Weise lebendig werden lassen bis zu den tiefstimmig allegorischen, die eine dem Kindesgeiste oft noch unverständliche Lebensweisheit bergen. Solche, der jugendlichen Fassungskraft nicht recht angepaßte, wie auch einzelne rein dichterisch oder durch ihre tendenziöse Färbung mißlungene unter den Märchen wünschte der Referent aus den Sammlungen für Kinder

gestrichen. In sehr lebhafter und fesselnder Weise erläuterte Herr Bab nun einzelne der Andersenschen Dichtungen und versuchte, durch den Vortrag einiger besonders charakteristischer Stellen bei den Anwesenden eine lebendige Anschauung dieser bunten Phantasiewelt zu wecken. In allen Andersenschen Märchenbildern lebe die eigenständige Weltanschauung des Dichters, die man als geläutertes Christentum bezeichnen könnte, sein tiefer Glaube an die Macht der Liebe und den Sieg des Guten auf Erden.

An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine Diskussion — auch über das Problem der Jugendliteratur im allgemeinen. Frau Hoffmann hob gegenüber dem Referenten hervor, daß bei den Andersenschen Märchen schon für das Kind gerade in der bloßen Ahnung des tieferen Sinnes, der sich hinter dem Erzählten birgt, ein ganz besonderer Reiz liegen könne; auch solle man die „Tendenz“ in dem Jugendbuche nicht unbedingt verwerfen; nicht Tendenz an sich sei unästhetisch, sondern nur eine äußerlich und grob aufgetragene Tendenz, die nicht aus der Dichtung selbst geboren sei.

Ein Redner wandte sich — wohl in mißverständlicher Deutung dieser Worte — dagegen, das Kind von vornherein durch bestimmte Anschauungen geistiger, sozialer oder religiöser Natur beeinflussen zu wollen; das Ideal der Jugendbeziehung, wie deshalb auch des Jugendbuches sei es, möglichst nur Zuhilfenahme zu bieten. Die Vorsitzende, Frau Stoll, wies darauf hin, wie dringend wünschenswert es für alle Frauen, soweit materielle und sonstige Mittel es erlaubten, auch für die Arbeiterfrau sei, sich so viel wie irgend möglich selbst anzusehen, was ihre Kinder lesen und sich mit der besten Jugendliteratur vertraut zu machen. Eben jetzt beschäftigt man sich auch in den Kreisen der Pädagogen vielfach mit dieser Frage. So habe der Hamburger Lehrerverein kürzlich ein Verzeichnis der empfehlenswerten Jugendbücher herausgegeben. Nach diesem Verzeichnis wolle ein Berliner Herr eine Auswahl der vorzüglichsten Bücher treffen und die Sammlung hier in nächster Zeit im Gewerkschaftshaus zur Ausstellung bringen. Die Vereinsmitglieder hätten das größte Interesse daran, diese Ausstellung nicht nur selbst rege zu besuchen, sondern auch Fremdbinnen und Bekannte darauf aufmerksam zu machen. Der Vorstand werde zur Zeit möglichst auch für geeignete Führung und Erläuterung der einzelnen Bücher sorgen. Gleichzeitig machte Frau Stoll bekannt, daß ein Vortragabend des Vereins für den Norden am Montag, den 11. November, im Rillbrods Gesellschaftshaus, Wäckerstraße 7 stattfinden werde, in der Herr Dr. Bentler über „die Alkoholfrage“ referiert.

**Genossinnen von Schöneberg.** Ihr wißt, daß am 11. November die Stadtverordnetenwahlen in unserer Gemeinde stattfinden. Seit Wochen stehen die Genossinnen in eifriger Agitation; sie wissen sehr wohl, wieviel davon abhängt, daß tüchtige Männer im Rate sitzen, welche die Wünsche und Bedürfnisse der ganzen Gemeinde

kennen und vertreten; nicht nur diejenigen der kleinen wohlhabenden Minderheit, welche sich, auf Grund ihres Besitzes, so gern als allein berechtigt betrachtet. Die Frauen, wenn sie sich auch nicht direkt beteiligen können, haben doch an dem Ausfall der Wahlen das nämliche Interesse. Denn die wichtigen Angelegenheiten, welche im Gemeinderat entschieden werden, betreffen das tägliche Leben der ganzen Familie, bedeuten für ihr Wohl und Wehe nicht weniger als die großen politischen Fragen, welche im Reichstage entschieden werden. Gerade die Frauen müssen den Sieg für jene Partei ersehnen, welche für das arbeitende Volk, für die „kleinen Leute“ eintritt, welche für deren Forderungen kämpft und sie auch durchsetzt, wenn ihre Anzahl den Gegnern gegenüber den Sieg ermöglicht.

Die Frau kann weder wählen, noch gewählt werden. Aber sie kann durch den Eifer, mit dem sie für die Kandidaten der Arbeiter agitiert, zeigen, daß sie Einsicht genug hat, um das Bürgerrecht auszunutzen. Damit sie volle Gelegenheit habe, sich eingehend über die Frage zu unterrichten, findet am Sonntagvormittag um 12 Uhr eine öffentliche Versammlung, bei Obst. Reiningertstr. 8, statt, in welcher Genosse Wedel über die Stadtverordnetenwahlen sprechen wird.

Genossinnen, besucht die Versammlung! Ob Ihr als selbständige Arbeiterin Euer Brot verdient, ob Ihr als Hausfrau Euch redlich abmüht, die Ausgaben der Familie von dem schmalen Einkommen des Mannes zu bestreiten — Ihr alle habt ein großes persönliches Interesse an dem Ausgange der Wahlkämpfe. Euch allen ist es von größter Wichtigkeit, Euch darüber zu unterrichten, was augenblicklich die nächsten Aufgaben der Stadtgemeinde sind; Ihr werdet dann erst ganz erkennen, wie sehr Ihr unmittelbar beteiligt seid.

Um rasche und glänzige Erledigung der Wahlgeschäfte zu erreichen, bedarf es vieler Mitarbeiter. Wägen sich die Genossinnen, welche Zeit und Lust haben, sich zu betheiligen, melden; sie sind alle willkommen! Die Vertrauensperson.

**Verbot polnischer Frauenversammlungen.** Von Seiten des Polenbundes im rheinisch-westfälischen Industriegebiet war eine Agitation der Frauen für die Ziele der Polenbewegung in Aussicht genommen. Die erste dieser Frauenversammlungen sollte in Ledendort stattfinden, ihr sollten in den übrigen Industrieorten mehrere folgen; jedoch wurde die zu Ledendort angelegte man Beschwerde bei der Regierung zu Aachen ein, die diese aber ablehnte, weil die Versammlung nicht nur kirchliche Zwecke im Auge gehabt habe, sondern sich mit der Erörterung politischer, nämlich auf die national-polnische Propaganda sich beziehender Gegenstände befassen wollte.

Es ist aus dieser Mitteilung, die wir der Rheinisch-westfälischen Arbeiterzeitung entnehmen, nicht zu ersehen, ob es sich um öffentliche oder um Vereinsversammlungen handelte. In öffentlichen Versammlungen dürfen sich selbst in Preußen die Frauen noch mit Politik beschäftigen.

Mehl-Niederlage:  
Brunnenstrasse 10.

Fernsprecher III,  
No. 1278.

**An die geehrten Hausfrauen.**

Um den unsere täglichen Lebensmittel so sehr verteuerten Zwischenhandel zu umgehen, eröffnet die unterzeichnete Mecklenburger Mühle im Laden

**Brunnenstrasse 10**

am Rosenthaler Thor

Sonnabend, den 9. November, nachmittags 5 Uhr

eine Niederlage ihrer Produkte.

Als Specialität kommt feines

- Kaiser-Auszug-Mehl à 19 Pfg.
  - Weizen-Mehl 00 à 14 „
  - Reines Roggen-Mehl à 11 „
- } mit Säckchen

In Stoffenteln zu 5 und 10 Pfund mit eigenen Gesspannen an die geschätzten Kunden franco Haus zum Verkauf. Gute Hülsenfrüchte neuester Ernte werden auch zu mässigen Preisen geführt.

**Strasener Mühle.**

O. Russow.

**Kohlen sind billiger.**

100 Stck 6 Zoll lang nur 65 Pfg.  
100 „ 7 „ „ 75 „  
100 „ 7 1/2 „ „ 90 „  
1 Scheffel bester Steinkohlen 90 „  
ab Blau Blüte Brombergerstraße 14,  
12 Handwagen Sorte umsonst!  
Josef Fischer, Amt VII, 2012.

**Kufekes**  
BESTE NAHRUNG FÜR  
gesunde & darmkranke Kinder  
**Kindermehl**

Begründung des Geschäfts 1878.

**M. Schulmeister**

en gros Schneidemeister en detail

Dresdenerstr. 4, Hauptstraße 143,  
am Kottbuser Thor. Schöneberg.

Herbst- u. Winter-Paletots in Stoffen, Cheviot und Krimmer von 16,50—42 M.

Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.

- |                              |                                 |
|------------------------------|---------------------------------|
| Gehrock-Anzüge von Mt. 27 an | Jünglings-Anzüge von Mt. 12 an  |
| Rock-Anzüge . . . . . 23     | Knaben-Anzüge . . . . . 3       |
| Jackett-Anzüge . . . . . 15  | Winter-Joppen . . . . . 5       |
| Reinkleider . . . . . 5      | Knaben-Joppen, einzelne Hosen.  |
| Schlafrocke . . . . . 8,50   | Berufskleidung f. jed. Gewerbe. |

Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Streng reelle Bedienung.

**Carl Stier**

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe

Berlin SO., Oranienstrasse 166,  
Potsdam, Nauenerstr. 23.

Nachdem ich mein Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderobe auf das Reichhaltigste habe ausfüllen lassen, empfehle in großartiger Auswahl:

**Paletots.**

- Paletot von Cheviot mit warmem Futter, dunkelgrau meliert 15 M.
- Paletot von Double, schwarz oder blau, kräftiger Stoff, 18 M.
- Paletot von Eskimo, schwarz oder blau, solider dicker Stoff, 20 M.
- Paletot von marengo Cheviot 22,50 M.
- Paletot von Eskimo, dunkle Farben, 25 M.
- Paletot von Diagonal, Cheviot, dunkel meliert, mit hochmodernem Futter, 25 M.
- Paletot von Melton-Cheviot, grau oder marengo, halbdicker eleganter Stoff, 30 M.
- Paletot von Eskimo, schwarz, blau oder marengo, elegant und dauerhaft, 30 M.
- Paletot von Melton-Cheviot, marengo, mit selbstem Steppfutter, 30 M.
- Paletot von Diagonal-Cheviot, sehr schwer und solide, 35 M.
- Paletot von Eskimo, mit selbstem Steppfutter, sehr elegant, 35 M.
- Paletot von Eskimo, schwarz, blau oder marengo, 35 M.
- Paletot von Eskimo, mit bestem Futter, 55, 50, 45 und 40 M.
- Paletot von Melton-Cheviot, sehr elegant, 50 und 45 M.
- Paletot von Eskimo oder Cheviot, mit selbstem Steppfutter, hochsein etc., 55, 50, 45 und 40 M.
- Maglan von Diagonal-Cheviot 30 M.
- Maglan von Melton-Cheviot 35 M.

**Mäntel.**

- Herren-Mäntel, schwerer Winterloben, 20, 25, 35 und 40 M.
- Hohenzollern-Mäntel in hell- oder dunkelgrau, blau oder schwarz, 25, 35, 45, 55 und 65 M.
- Kaiser-Mäntel ohne Pelzinnen 20 und 30 M.
- Pavelod in leichten Loden 8,50, 10, 12, 15, 18, 20, 25, 30 und 35 M.

**Joppen.**

- Joppe glatte Façon, in grau Loden, warm gefüttert, 6,50 M.
- Joppe glatte Façon, marengo Loden, 7,50 M.
- Joppe glatte Façon, in verschiedenen Farben, 9 M.
- Joppe Haltenform, grünlich oder oliv meliert, 9 M.
- Joppe glatte Form, von Tritot Loden, sehr schwer, grau, marengo, braun oder grün meliert, 12 M.
- Joppe Haltenform, in verschiedenen Farben, 12, 15, 18 und 24 M.
- Joppe glatte Form, in schönen Farben, 15 M.
- Joppe glatte Form, mit schwerem Sammetfutter, 16,50 M.

Meine Maß-Abteilung ist auf das Reichhaltigste mit Neuheiten der Saison ausgestattet und liegt die Ausführung in Händen erster Kräfte.

Die feinen Preise sind auf dem Etikett jedes Gegenstandes deutlich vermerkt. Ein willkürliches Forderung findet also nicht statt. Hunderte von unversinnigen Anerkennungen sind ein Beweis für die gute Ausführung, tadelloser Sitz sowie prompte Bedienung.

**Hüte Pelz-Waaren**  
nur eigenes Fabrikat.  
Schirme grösstes Lager.  
**Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2,**  
Ecke Skalitzerstrasse.

**Köpenicker Gesellschaftshaus**  
Carl Seidel, Köpenick, Grünauerstraße 31.  
Empfehle meine Lokalitäten mit großem Saal und Garten, Regalboden und Kaffeehaus bei Ausgängen auf dem Wege nach Grünau. — Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

**Herm. Arnhold**  
Alexandrienstrasse 110,  
Messplatz, 1. Etage  
direkt aus dem  
Fabrikantenlager  
Private auch  
Teillieferung  
Möbelsätze  
Sofakontoren von 21,00 M. an  
Sprengel-Kronen 26,00 „  
Uhren 2,00 „  
Petroleumgebänge 4,00 „  
bis zu den elegantesten Genres.  
Waschmaschinen, Waschplättchen, Waschküchen- u. alle Bronzeformen werden in Best. gen. u. a. Wunsch auch auftr.

